

Oldenburger Universitätsreden

Nr. 54

**Michael Daxner
Heinrich Schmidt**

**Regionalbewußtsein
und Universität**

**Reden aus Anlaß der zweiten Amtszeit
des Präsidenten Prof. Dr. Michael Daxner**



VORWORT

Am 1. Oktober 1992 begann die zweite Amtszeit von Professor Dr. Michael Daxner als Präsident der Universität Oldenburg.

Als Michael Daxner sich 1986 erstmals zur Wahl stellte, war diese mit Spekulationen und Ressentiments, seine Person betreffend, begleitet. Nach seiner Wahl versprach er wenig, stellte aber seine Praxis als Präsident der Universität Oldenburg der öffentlichen Beurteilung. Diese Praxis der Jahre 1986 bis 1992 war gekennzeichnet durch einen sicheren Blick für die zur Weiterentwicklung der Universität Oldenburg hochschul- wie regionalpolitisch einzuleitenden Schritte. Und daß diese Schritte getan wurden, dafür stand er mit seiner ganzen Person ein. Die Universität Oldenburg ist zu einem strukturierenden Faktor regionaler Kultur und Ökonomie geworden. Sie hat letztlich auch - nach harten Auseinandersetzungen - die Ausstattung erhalten, die benötigt wird, um zu forschen und zu lehren, um Aufträge und Beratungsfunktionen zu erfüllen.

Die Wiederwahl von Professor Dr. Michael Daxner durch das Universitätskonzil ist sicher mit der Erwartung verbunden, daß nach der Phase der Konsolidierung nun die für die endgültige Stabilisierung erforderliche Phase der Arrondierung weiterer Lehr- und Forschungsgebiete beginnt.

Die in dieser Ausgabe der Oldenburger Universitätsreden versammelten Texte, Grußworte zur Wiederwahl, besonders aber die Ausführungen des Historikers Professor Heinrich Schmidt über Regionalbewußtsein und Universität und des wiedergewählten Präsidenten Daxner über den öffentlichen Auftrag der Universität, sollen der Öffentlichkeit in der Universität und in der Region Gelegenheit geben, sich erneut und weiterhin mit der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg zu identifizie-

ren und die Überlegungen, die zu Beginn der zweiten Amtszeit des Präsidenten angestellt wurden, nachvollziehbar machen.

Oldenburg, im Dezember 1992 Friedrich W. Busch

PETER SINGER

Sehr geehrte Frau Dekanin, sehr geehrte Herren Dekane, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen, sehr geehrte Damen und Herren, im Namen meines Amtskollegen, Prof. Kutsupis, begrüße ich Sie herzlich. Wir danken Ihnen, daß Sie unserer Einladung zu dieser Akademischen Feier gefolgt sind. Anlaß dazu ist der Beginn der zweiten Amtszeit des vom Konzil der Universität gewählten Präsidenten, Prof. Dr. Michael Daxner. Präsidentenwechsel oder Wiederwahl sind immer Richtungsbestimmung einer Hochschule für die eigene weitere Entwicklung. Die Carl von Ossietzky Universität Oldenburg will deshalb diesen Vorgang nach innen und nach außen sichtbar machen und aus dem akademischen Alltag herausheben.

Universitäten sind Einrichtungen, für die es wenig Vergleichbares gibt. Mit einem hohen Maß an Selbstbestimmung und Selbstverantwortung wird hier geforscht, gelehrt und gelernt, werden hier Gedanken ausgetauscht und über Antworten auf Fragen gestritten. Dabei müssen verschiedenartige Teile, wie der Wissenschaftsbereich und seine Verwaltung, immer wieder auf gemeinsame Ziele und Aufgaben ausgerichtet werden. Universitäten einschließlich der Studentenwerke mit ihren Wohnheimen und Mensabetrieben sind gleichzeitig Großunternehmen mit beträchtlichem Einsatz von Personal-, Sach- und Baumitteln, die nachhaltig die Entwicklung ihres Standortes und seines Umlandes beeinflussen. Sie stehen im Wettbewerb untereinander und mit anderen Forschungs- und Bildungsstätten, müssen sich in den Hierarchien von Politik und Verwaltung behaupten und sind schließlich Akteure oder Betroffene in einer Gesellschaft, die sie unterhält, aber auch Gegenleistung und Rechenschaft einfordert.

Ein derartig komplexes Unternehmen mit Erfolg zu leiten, erfordert Kompetenz in Wissenschaft und Management gleichermaßen. Die allgemeinen und individuellen Interessen auf ein Ziel auszurichten, bewährte Entwicklungen zu sichern und kreative Anstöße für Neues zu geben, führt einen Präsidenten immer in Auseinandersetzungen nach innen und nach außen, bei denen er mit Gefolgschaft und Unterstützung rechnen kann, zwangsläufig aber auch auf Kritik, Gleichgültigkeit oder Ablehnung stößt. Das Präsidentenamt erfordert deshalb Überzeugungskraft, Durchsetzungswillen, aber auch Konsensfähigkeit.

Michael Daxner hat in den vergangenen Jahren mit großem persönlichen Einsatz dafür gearbeitet, daß die Universität zu einer festen, verlässlichen und akzeptierten Institution im nordwestlichen Niedersachsen geworden ist. Das Konzil hat mit seiner Wiederwahl Dank und Anerkennung dafür deutlich gemacht.

Während der vergangenen Jahre ist die Universität kontinuierlich gewachsen. Sie hat nach langen Bemühungen den Namen Carl von Ossietzky's angenommen und sich damit ein Programm gegeben, in dessen Mittelpunkt die Verständigung der Menschen und eine friedliche, gerechte und menschenwürdige Weiterentwicklung unseres begrenzten und begrenzt belastbaren Lebensraumes stehen. Durch die bewiesene Entwicklungsfähigkeit der Universität und die Arbeit der darin Tätigen - und ich schließe hier ausdrücklich die Studentinnen und Studenten ein - findet sie in der Region und weit darüber hinaus Beachtung und Anerkennung. Die an hohe Anforderungen geknüpfte Aufnahme in die Deutsche Forschungsgemeinschaft ist Bestätigung dafür und ein Gütesiegel, das uns mit Befriedigung erfüllen kann, aber gleichzeitig verpflichtet.

Aus Kontakten zu Hochschulen in aller Welt haben sich enge Kooperationen entwickelt und inzwischen zu einem regen wechselseitigen Austausch von Wissenschaftlerinnen und

Wissenschaftlern sowie Studierenden geführt. Ein vielseitiges Angebot an Veranstaltungen und Ausstellungen schafft Verbindung zu den Menschen in unserem Umfeld, die davon rege Gebrauch machen. Dazu gehören auch die Dienstleistungen der Bibliothek, in der wissenschaftlichen Weiterbildung, im Fernstudium und im Transfer von Informationen und Wissen. Schließlich kann die Universität registrieren, daß sie zu einer immer häufiger aufgesuchten Tagungsstätte für regionale, nationale und inzwischen auch internationale Konferenzen geworden ist. Auch das unterstreicht, daß sie sich durch die Leistungen ihrer Angehörigen und Mitglieder inzwischen Reputation erworben hat. Michael Daxners Anteil daran ist nicht umstritten.

Die positiven Aspekte der bisherigen Entwicklung hervorzuheben, soll nicht als Pflichtübung im Rahmen einer akademischen Feier verstanden werden und Selbstzufriedenheit vortäuschen. Ich wende mich damit auch weniger an die Öffentlichkeit, die die Veränderungen in der Universität sehr aufmerksam registriert und ihre vielfältigen Angebote und Möglichkeiten annimmt, sondern vor allem an uns in der Hochschule Tätigen selbst. Für manchen von uns sind die erzielten Fortschritte schon Selbstverständlichkeit geworden, ohne daß sie sich in einer wachsenden Selbstsicherheit niederschlagen würden, die notwendig ist, um weitere Ansprüche durchzusetzen. Wir sollten die zahlreichen Einzelinteressen bündeln und aufeinander abstimmen, damit ein geschlossenes und überzeugendes Bild unserer gemeinsamen Vorstellungen und Forderungen entsteht.

Es gibt keinen Zweifel daran, daß die Universität mit Defiziten konfrontiert ist, die Forschung, Lehre und Verwaltung in gleicher Weise betreffen. Sie gehen darauf zurück, daß Personal-, Sach- und Bauausstattung mit dem raschen Wachstum nicht Schritt gehalten haben. Wir registrieren eine unverminderte Anziehungskraft des Standorts Oldenburg auf studierwillige junge Menschen und bedauern, daß wir ihnen nicht in allen Fachbereichen angemessene Bedingungen bie-

ten können und in zahlreichen Studiengängen den Zugang sogar begrenzen müssen. Die durch eine verfehlte Bildungspolitik verursachten Probleme treffen nahezu alle deutschen Hochschulen, zeigen sich allerdings an einem noch in der Konsolidierung befindlichen Standort, wie in Oldenburg, in besonderer Schärfe. Auch unter den ungünstigen Bedingungen eines erkennbar engeren Finanzrahmens wird die Universität in den kommenden Jahren vor der Aufgabe stehen, das Angebot in den geisteswissenschaftlichen und in den naturwissenschaftlichen Fächern zu sichern und zu verbreitern sowie die Arbeitsbedingungen in der Forschung, in der Lehre und im Lernen zu verbessern. Ich bin sicher, daß wir die Chancen einer - wenn auch schrittweisen - Verwirklichung unserer Ziele erhöhen, wenn wir auch innerhalb der Universität bereit sind, bisherige Strukturen zu überprüfen und, wenn angebracht, zu verändern, um sie neuen Anforderungen anzupassen. Für die Gremien, die Universitätsleitung, die Fachbereiche, die Zentralen Einrichtungen und die Studentenschaft bedeutet das Bereitschaft zur intensiven Zusammenarbeit unter Führung eines Präsidenten, von dem die Universität im eigenen Interesse Erfolg erwartet und dem sie Entscheidungsfreude, das richtige Augenmaß für das Mögliche ohne Verzicht auf Visionen, Überzeugungskraft und bei aller Belastung gute Gesundheit wünscht.

Auf dem bisherigen Weg haben wir in der Stadt und weit darüber hinaus Freunde gewonnen, denen wir für ideelle und materielle Unterstützung danken wollen, auf deren wohlwollende und kritische Begleitung wir aber auch in Zukunft angewiesen sind. Ich schließe Sie alle hier in diesem Hörsaal ein und darf Sie herzlich in unserer Hochschule - die ja auch die Ihre ist - willkommen heißen. Lassen Sie mich bitte einige wenige namentlich begrüßen.

Ein herzlicher Gruß gilt den Rektoren, Präsidenten und Vizepräsidenten der Universitäten und Fachhochschulen am Standort, in der Region und weit darüber hinaus. Stellvertretend für Sie alle heiße ich den Rektor der Universität Bre-

men, Herrn Prof. Dr. Timm, und den Präsidenten der Universität Hamburg, Herrn Dr. Lüthje, willkommen.

Herr Landtagspräsident Milde, über die Zusage Ihrer Teilnahme und die Bereitschaft zu einem Grußwort haben wir uns sehr gefreut. In den verschiedensten Funktionen, als Regierungspräsident, als Oldenburger Oberbürgermeister und als Präsident des Niedersächsischen Landtages haben Sie immer Anliegen der Universität unterstützt. Wir bedanken uns dafür und wünschen uns auch weiterhin, daß Sie uns wohlwollend und kritisch begleiten. Zusammen mit Ihnen darf ich die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, des Niedersächsischen Landtages und der kommunalen Parlamente begrüßen. Wir danken Ihnen für Ihre Mitwirkung beim Aufbau dieser Universität und bitten Sie um Ihre Unterstützung bei der Konsolidierungs- und Ausbauphase, die vor uns liegt.

Vom Ministerium für Wissenschaft und Kultur ist Herr Ministerialrat Klusmann zu uns gekommen. Enger Kontakt zu Ihnen und Ihrem Haus ist für uns von besonderer Bedeutung. Wir danken Ihnen für Ihre Bereitschaft, unsere vielfältigen Vorstellungen und Wünsche zu verstehen und bitten Sie und Ihr Haus, unsere Belange auf Landesebene auch weiterhin zu unterstützen.

Herr Regierungspräsident Bode, Sie vertreten die Bezirksregierung Weser-Ems. Wir sind mit Ihnen und Ihrer Behörde vielfach in dem Bemühen verbunden, die Infrastruktur unserer Region zu verbessern. Wir wünschen uns weiterhin eine gute Zusammenarbeit.

Herr Oberbürgermeister Holzapfel, Herr Oberstadtdirektor Wandscher, Oldenburg ist Universitätsstadt. Das macht sich zunehmend nicht nur im Stadtbild bemerkbar und bringt Impulse für die örtliche Wirtschaft, sondern stellt Sie auch vor vielfältige Aufgaben. Ich nenne nur Fragen der studentischen Wohnungsfürsorge, Verkehrsprobleme in der Stadt und deren regionale Anbindung, Flächensicherung. Es sind Aufga-

ben, die gemeinsam mittel- und kurzfristig und grenzüberschreitend gelöst werden müssen, damit Oldenburg seine Funktion als Oberzentrum dauerhaft erfüllen und sichern kann. Die Universität ist zu einer engen Zusammenarbeit bereit. Wir danken Ihnen, daß Sie mit weiteren Vertretern der Stadtverwaltung zu uns gekommen sind.

Willkommen auch den Vertretern der kreisfreien Städte und der Landkreise in unserem Umland. Uns verbinden inzwischen enge Verflechtungen, die dazu beitragen, die wissenschaftlichen Kompetenzen der Universität auch für die gesamte Region nutzbar zu machen.

Anwesend sind ferner Vertreter der zahlreichen Institutionen aus Justiz, Kirchen, Kultur, Industrie, Handel, Banken, der Verwaltung, der Kammern und der Bundeswehr. Sie zeigen, daß die Universität keine Insel ist, sondern sich als Teil im Mosaik gegenseitiger Beziehungen integriert hat.

Schließlich darf ich einen besonders engagierten Freundeskreis der Universität herzlich willkommen heißen. Es sind der Beirat, der Vorstand und die Mitglieder unserer Universitätsgesellschaft mit Herrn Dr. Pleister als Vorsitzenden des Vorstands. Die Universität bedankt sich für die tatkräftige Unterstützung unserer Belange in der Öffentlichkeit, aber auch für die Zuwendungen aus dem Beitrags- und Spendenaufkommen, die es möglich machen, Veranstaltungen, Drucklegungen und Auszeichnungen besonderer Leistungen zu fördern. Die jährliche Verleihung des Wachsmann-Preises für herausragende studentische Arbeiten ist ein Beispiel dafür. Die Universitätsgesellschaft ist kein elitärer Zirkel, sondern steht jedermann offen. Ich darf deshalb die Gelegenheit nutzen und Sie ermuntern, Mitglied zu werden. Sie helfen uns und tragen dazu bei, Ihre Universität noch besser zu machen.

Wie immer am Schluß - aber wir wissen alle genau, daß das keine Rangfolge ist - begrüße ich die Vertreter von Presse, Funk und Fernsehen. Wir bedanken uns für die Berichter-

stattung aus dem Leben der Universität und hoffen auf Ihr anhaltendes Interesse.

Unser Programm sieht nach Grußworten von Herrn Landtagspräsidenten Milde und Herrn Dr. Pleister einen Vortrag von Herrn Prof. Dr. Heinrich Schmidt zum Thema Regionalbewußtsein und Universität vor. Lieber Herr Kollege Schmidt, wir bedanken uns, daß Sie nach kurzer Überlegung und befreiendem Kopfnicken bereit waren, zu uns zu sprechen. Anschließend wird der Präsident mit Rechenschaft und Ausblick uns mitteilen, was ihn bewegt und was er sich für seine zweite Amtszeit vorgenommen hat.

Den feierlichen Rahmen bilden Mitglieder des Universitätsorchesters unter Leitung von Konzertmeister Norbert Ternes. Auch Ihnen herzlichen Dank für die Gestaltung unserer Feier. Die Teile Herbst und Winter von Vivaldi sollen nicht etwa eine Universität und ihren Präsidenten symbolisieren, die schon bestimmte Linien überschritten hätten. Wir alle wissen, daß beide noch eine lange Entwicklung vor sich haben, für die wir alles Gute wünschen. Vivaldi sollte uns vielmehr hören lassen, wie Harmonie entsteht, wenn mehrere mit jeweils eigener Stimme sich auf ein Konzept und einen Dirigenten einigen. Der Vergleich mit dem Anliegen unserer Feier ist nicht zufällig.

Wir wünschen dem Präsidenten und der Universität eine erfolgreiche zweite Amtszeit.

CHRISTOPHER PLEISTER

Meine Damen und Herren, lieber Michael,

namens der Universitätsgesellschaft Oldenburg möchte ich Ihnen zu Ihrer Wiederwahl durch das Konzil der Universität Oldenburg sehr herzlich gratulieren. Nach Ihrer ersten Berufung in das Präsidentenamt im Jahre 1986 übernehmen Sie es nun für weitere sechs Jahre; die Kontinuität in der Leitung unserer Universität ist damit gewahrt. Dies scheint mir gerade bei jüngeren Universitäten wichtig zu sein, müssen sie doch ihren Platz innerhalb der etablierten Hochschule festigen und ihre Einbindung in die Wirtschaft und Gesellschaft ihrer jeweiligen Region immer enger gestalten. Daß Sie, Herr Präsident Daxner, beides zu leisten vermögen, erkennt man an den vielen kraftvollen Handlungen Ihrer ersten Amtszeit; daß "Wissenschaft die Wahrheit der Zukunft, der möglichen Zukünfte, denken soll", wie Sie es programmatisch in Ihrer Antrittsrede 1986 formuliert haben, bleibt sicher auch Programm für Ihre zweite Amtszeit.

Wenn ich die Zeit seit der Gründung unserer Universität im Jahre 1973 Revue passieren lasse, so scheint es mir eindeutig zu sein, daß Oldenburg seinen Rang als die Universität im nordwestdeutschen Raum gesichert hat: Die Erhöhung der Zahl der Fachbereiche, die Steigerung der Studentenzahlen, die vielfachen Kooperationsabkommen mit in- und ausländischen Hochschulen sowie die Gründung zahlreicher Institute belegen eindrucksvoll, daß der Weg der Universität Oldenburg erfolgreich war und auch erfolgreich bleiben wird.

Es gelingt unserer Universität immer mehr, die regionale Wirtschaft in ihre eigene Arbeit einzubeziehen. Dies gilt natürlich in besonderer Weise für die in der Universitätsgesellschaft Oldenburg zusammengeschlossenen Personen und

Unternehmen; die zahlreichen Spenden belegen auch die Spannweite der geförderten Projekte. Diese Einbindung der regionalen Wirtschaft ist jedoch nicht nur für unsere Universität bedeutungsvoll, sie ist es auch für die Unternehmen unseres Raumes. Die in der Universitätsgesellschaft Oldenburg zusammengeschlossenen Unternehmen wären kaum Mitglieder von Förderergesellschaften anderer Hochschulen, wenn es unsere Universität an dem Standort Oldenburg nicht gäbe. Dann fehlte natürlich auch diesen Unternehmen etwas, was sie jetzt nutzen können, nämlich ihre Probleme an ihre Universität herantragen zu können, ihren Führungsnachwuchs aus ihrer Universität rekrutieren zu können. Auf diese Weise wird die Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen erhöht, und der Einfluß unserer Hochschule wirkt so (über ihre Bedeutung als Wirtschaftsfaktor in Oldenburg hinaus) ganz allgemein wohlstandssteigernd für die gesamte Region. Sie erhöht darüber hinaus die Attraktivität von Oldenburg als Wirtschaftsstandort, wird doch die breite schulische Infrastruktur seit nunmehr fast 20 Jahren durch unsere Universität gekrönt.

Aber man griffe zu kurz, stellte man in diesem Zusammenhang nur auf die akademische Lehre ab. Auch wissenschaftliche Veranstaltungen, die für die Menschen dieser Stadt und ihres Umlandes offen sind, bereichern das geistige Leben einer Region, und das kulturelle Angebot kann breiter und tiefer sein, wenn es auch von Lehrenden und Studierenden einer Universität genutzt wird. So gehen die Gesamtwirkungen einer Universitätsgründung weit über die unmittelbar erfaßbaren hinaus; sie tragen, wie es Michael Daxner einmal (1987 bei einem Vortrag vor der Gesellschaft Union Oldenburg) formuliert hat, "dazu bei, eine ganze Region mit bestimmten kulturellen Werten zu identifizieren, die vorher nicht vorhanden waren."

Diese Gesamtwirkungen von Universitätsneugründungen für die sie umgebende Region gelten selbstverständlich nicht nur für die Carl von Ossietzky Universität Oldenburg; sie

gelten vielmehr überall in Deutschland. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf entsprechende Untersuchungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Essen, schon aus den fünfziger Jahren, die die Bedeutung der neuzugründenden Universität Bochum (und später dann Dortmund und Essen) für die damals noch von der Schwerindustrie dominierte Wirtschaftsstruktur des Ruhrgebietes hervorgehoben haben; ich verweise aber in gleicher Weise auf die Bedeutung der Hochschulen in den strukturschwachen Gebieten der neuen Bundesländer, wenn ich etwa an die Universitäten Potsdam, Frankfurt/Oder und Halle/Wittenberg denke. Im übrigen zeigt auch die Diskussion um die Zukunft Bonns als Wissenschaftszentrum, welche Rolle der wissenschaftlichen Forschung und Lehre gerade auch unter dem Gesichtspunkt ihrer wirtschaftlichen Bedeutung zukommt.

Möglicherweise könnte man bei dieser Gelegenheit auch einige Thesen untersuchen, die ich Ihnen - sozusagen als wissenschaftspolitische Überlegungen eines Laien aus der wirtschaftlichen Praxis - einmal unterbreiten möchte.

Es handelt sich dabei einmal um die Frage, ob es mit den Neugründungen sozusagen auf dem flachen Lande gelingen kann, ganz andere Bevölkerungsschichten zum Studium zu erschließen, als dies in den (teuereren) Massenuniversitäten der Großstädte möglich ist. Obwohl es inzwischen vielfältige Formen der Förderung der Studierenden gibt, ist es doch immer noch sehr häufig eine Frage der finanziellen Belastbarkeit der Eltern, ob sie ihren Kindern den langen Weg einer aufwendigen akademischen Ausbildung ermöglichen können oder nicht. Da schätzungsweise durchschnittlich etwa 50 % der Aufwendungen der Studenten für die Miete verwandt werden müssen, spielt der regionale Wohnungsmarkt eine entscheidende Rolle für die Wahl des Studienplatzes oder sogar für die Entscheidung für oder gegen ein Studium. Daß hier Oldenburg Vorteile etwa gegenüber München, Hamburg oder Köln hat, dürfte auf der Hand liegen.

Ebenso verhält es sich mit meiner zweiten These. Sie geht von der Wichtigkeit der Einheit von Forschung und Lehre aus, weil beides sich befruchtend verstärkt. Angesichts der Überlast in der Lehre gerade an den großen Universitäten bestehen hier nach meinem Dafürhalten gute Chancen speziell für die kleineren Universitäten. Die seit dem Jahre 1984 an unserer Universität in zunehmender Zahl begründeten Institute scheinen mir zu belegen, daß die Universität Oldenburg bereit ist, diese Chance zu nutzen. Auf diese Weise können auch regionalpolitisch wichtige Aufgaben am ehesten wirksam angegangen werden, wie etwa der Ausbau der Meeresforschung an unserer Universität belegt.

Erlauben Sie mir abschließend noch, eine Vision anzusprechen. Ich meine den Rang der deutschen Universität des 19. Jahrhunderts als vielbewundertes Modell für die Welt. Es liegt mir fern, mich in schwärmender Nostalgie zu ergehen, doch möchte ich auf etwas aufmerksam machen, was soeben Thomas Nipperdey in seinem großangelegten Werk "Deutsche Geschichte" über die Universität im 19. Jahrhundert herausgearbeitet hat. Er weist nämlich darauf hin, daß die Universität seinerzeit für die Lebens- und Sinnorientierung der bürgerlichen Gesellschaft eine zentrale Rolle gespielt habe; die großen Veränderungen, Krisen und Konflikte, die die geistige Geschichte der Deutschen bestimmt haben, sie seien aus den Diskussionen innerhalb der Universitäten erwachsen.

So wie dies damals war, so möge es auch in der Zukunft sein, und ich wünsche Ihnen, verehrter Herr Präsident, viel Glück und Erfolg bei Ihrem Ansatz - und ich zitiere Sie nochmals aus Ihrer Antrittsrede 1986: "Wissenschaft als res publica, als öffentliche Sache zu begreifen, um sie, mit Karl Jaspers, zu einem 'Forum für die Fragen der Zeit' zu machen."

HORST MILDE

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Singer, sehr geehrter Herr Prof. Kutsupis, meine sehr verehrten Damen und Herren,

für die Einladung, hier ein Grußwort zu sprechen, danke ich Ihnen. Ich empfinde trotz aller berechtigter Kritik, wie ich sie aus den "Überlegungen für eine zweite Amtszeit" des wiedergewählten Universitätspräsidenten herausgelesen habe, diese Geste als ein Zeichen dafür, daß das Verhältnis zwischen dem Landesparlament und der Carl von Ossietzky Universität gut ist.

So kann ich völlig unbefangen und unter Berücksichtigung der Zurückhaltung, die sich ein Parlamentspräsident auferlegen muß, in diesem kurzen Grußwort sagen, ja ich stimme der These zu, daß Hochschulpolitik und Hochschulfinanzierung innerhalb der gesamtstaatlichen Politik und der öffentlichen Aufmerksamkeit zuwenig Interesse findet.

Bei Meinungsumfragen zu den wichtigsten Lebensbereichen, um die sich unsere Bürger große Sorgen machen, kommt das Thema jedenfalls nicht vor, obwohl unsere Zukunft mehr davon abhängt, als von manch anderer Frage. Das ist so, obwohl alle Verantwortlichen wissen, daß wir ein Land sind, das von geistiger Leistung lebt und weiter wird leben müssen.

Zwar steigt die Zahl der Studierenden in Deutschland ständig an, aber der Staat kommt mit dem Ausbau der Universitäten und Fachhochschulen seit Jahren nicht nach. In den letzten Jahren wuchs die Studentenzahl um mehr als das Zehnfache des wissenschaftlichen Personals. Schon dieses grobe Beispiel zeigt das ganze Dilemma, das Sie wie ich im Detail kennen.

Die Frage ist, wie sieht es mit der Umsetzung von Verbesserungen aus? Spontan und vom Gefühl her sage ich, mehr schlecht als recht. Sie kennen die Vorschläge, die das Bundesbildungsministerium und die Länder zur Änderung der Studienstruktur und der Studieninhalte gemacht haben. Diesen Vorschlägen steht die These unseres neugewählten Universitätspräsidenten gegenüber, daß die politische Überzeugung im Bereich von Wissenschaft und Bildung überproportional zu investieren, in vielen Fällen nicht vorhanden ist. Ich füge von mir aus hinzu, das kann sich einmal bitter auswirken.

Als Mitglied des Landesparlamentes kenne ich die Entscheidungsprozesse, die der endgültigen Verteilung der Budgets vorausgehen. Die Regel ist, daß die Ressorts ihre Besitzstände verteidigen. Wer viel hat, gibt kaum etwas ab. Wer wenig hat, bekommt kaum etwas dazu. Nun muß ich hinzufügen, wenn die Etatansätze in der Regel nur noch Rechtsverpflichtungen enthalten, dann ist es auch schwer, zu größeren Umschichtungen zu kommen.

Das gilt auch für das Land. Dazu kommen noch aktuell für uns verheerende Auswirkungen der völlig unzureichenden Gegenfinanzierung des Bundes, die ihren Hauptgrund in der deutschen Wiedervereinigung hat. Das alles macht es nicht leicht, auch die für Oldenburg seit langem anstehenden Planungen zu realisieren. Dies vorausgeschickt versteht es sich von selbst, daß ich einen großen Teil meiner Kraft für die Universität Oldenburg und für ihren weiteren Ausbau einsetze. Sie gehört ja nach wie vor zu den neuen Universitäten, die nie ganz fertig geworden sind. Unsere zuständige Ministerin für Wissenschaft und Kultur, Frau Schuchardt, sieht das genauso und räumt deshalb dem Ausbau der Universität Oldenburg eine hohe Priorität ein. Im Vordergrund stehen dabei die Ingenieurwissenschaften. Nach soviel ernstem will ich mich nun zwei positiveren Feststellungen zuwenden. Die erste: Es freut uns sicher alle, daß die Universität Oldenburg die beliebteste Universität in Niedersachsen ist.

Und die zweite aus ministeriellem Munde: "Gott sei Dank versteht sich die Universität als regionale Kultureinrichtung. Bei anderen Universitäten ist das trostlos", sagte Frau Schuchardt am 2.11.1992 ausweislich der Nordwest-Zeitung.

Ich beglückwünsche die Carl von Ossietzky Universität dazu, in dem Bewußtsein, daß die Akzeptanz in der Stadt und in der Region nicht immer da war, sondern daß sie hart erarbeitet werden mußte. Auch ich habe Mühe aufgewandt, bei vielen Menschen in der Region das Bewußtsein zu wecken, daß die Universität keine Einrichtung der Stadt Oldenburg ist, sondern zum Besten des gesamten Nordwesten errichtet worden ist.

Zu dieser positiven Entwicklung haben Sie nach Ihren Vorgängern, Herr Professor Dr. Daxner, entscheidend in Ihrer ersten Amtszeit beigetragen. Ich bin mir sicher, daß Sie in Ihrer zweiten Amtszeit weiter darauf achten werden, daß der Ruf der Universität nicht nur erhalten, sondern noch weiter gesteigert wird. Dazu gehört natürlich auch die Erfüllung der Pläne des Landes. Ich selbst sage Ihnen weiterhin meine persönliche Unterstützung bei den vielen kleinen Bitten oder Forderungen und den wenigen großen zu. Dazu gehören, wie gesagt, die Ingenieurwissenschaften und das Oldenburger Forschungsinstitut für Informatik.

In diesem Sinne gratuliere ich Ihnen herzlich zur erneuten Übernahme dieses nicht nur für die Universität wichtigen Amtes; nicht nur die Nordwestregion, auch das Land Niedersachsen schaut in den kommenden sechs Jahren auf Sie und Ihre Arbeit. Dazu ist das Vertrauen, das Ihnen durch Ihre Wiederwahl ausgesprochen worden ist, eine gute Grundlage. Ich wünsche Ihnen - aber auch Ihren Vizepräsidenten, Prof. Dr. Singer und Prof. Kutsupis - Erfolg und dabei das Glück der Tüchtigen.

HEINRICH SCHMIDT

"Regionalbewußtsein und Universität": dies ist vielleicht sogar ein grundsätzlich aktuelles, sicher aber ein sehr oldenburgisches Thema. Denn seit ihren Anfängen vor fast zwei Jahrzehnten wird die Universität in Oldenburg nicht müde, "die Region" und den Bezug auf sie zu beschwören, als ginge es dabei um ein zentrales Element ihrer Arbeit, ihrer Existenz, ihrer Selbstbestätigung; und für den regionalen Zusammenhang, der sich mit dem Namen Oldenburg kennzeichnet, genauer: für das spezifische Identitätsbewußtsein in diesem oldenburgischen Regionalzusammenhang war eine Universität in Oldenburg schon lange vor ihrer Gründung ein besonderer Bewußtseinswert. Man konnte sie gar - bald nach der Entstehung des Landes Niedersachsen - als eine Art Ausgleich für den Verlust der staatlichen Eigenständigkeit Oldenburgs 1946 wünschen: die Universität als Symbol einer wenigstens kulturell fortdauernden oldenburgischen Landesidentität.

Oldenburgische Landesidentität bezieht sich - wenn dann und wo von ihr noch die Rede sein darf - auf die Grenzen, den Raum des alten Herzogtums Oldenburg zwischen Dämmer Bergen und Wangerooge. Sie ist freilich nie, auch nicht in den Zeiten ihrer staatlich-politischen Aktualität, von einem durchgehend einheitlichen, geschlossenen Charakter gewesen, und daß sich heute, jedenfalls in ihrem Verhältnis zur Universität, ihre räumlichen Voraussetzungen gründlich verändert haben, steht vor Augen. Südoldenburg hat sich - oder wurde - als Universitätsregion von Oldenburg gewissermaßen abgekoppelt; die "Abteilung Vechta" der Universität Osnabrück hat für das regionale Bewußtsein im "Oldenburger Münsterland", als "Universität Vechta", längst Symbolcharakter gewonnen. Natürlich aktualisiert die Diskussion um sie auch ältere, seit je vorhanden gewesene innerolden-

burgische Differenzierungen; aber sie läßt auf ihre Weise zugleich erkennen, daß Regionen überhaupt sehr relative Phänomene sind. Auch Geschichtserinnerung, etwa die feierliche Beschwörung einer überkommenen "Heil Dir, o Oldenburg"-Identität, vermag sie nicht auf Dauer zu stabilisieren, und ganz offensichtlich ist die derzeitige oldenburgische Universitätsregion, der Raum, der seine regionalen Interessen mit dem Bestehen einer oldenburgischen Universität verbindet, nicht mit dem alten Lande Oldenburg identisch. Die oldenburgische Universitätsregion übergreift dessen protestantischen Teil, die einstige Grafschaft Oldenburg also, aber auch das noch immer eigenbewußte Jeverland und selbstverständlich Ostfriesland, diesen Bereich einer sehr eigenständigen Geschichte und Tradition. Er war zwar schon im 15. Jahrhundert und auch noch 1814, während des Wiener Kongresses, Ziel oldenburgischer Expansionsbestrebungen - aber es wäre denn auch vermessen, die oldenburgische Universitätsregion in dergleichen altoldenburgische Eroberungszusammenhänge einzuordnen.

Sie hat gewiß ihre historischen Vorgaben; doch sie erklärt sich nicht primär aus territorialer Vergangenheit. Die oldenburgischen, die ostfriesischen Interessen, die sich um 1960 miteinander verbanden, um eine Universitätsgründung in "Nordwest-Niedersachsen" zu bewirken: sie waren eher dazu angetan, alte territoriale Grenzen, Isolierungen, Vorbehalte zwischen unterer Weser und unterer Ems zu relativieren - um aktueller, gegenwärtiger Bedürfnisse willen, die sich nicht in alten, historischen Begrenzungen erfüllen ließen. Der in Oldenburg und Ostfriesland gemeinsame Wunsch nach einer Universität deutete vor auf eine gemeinsame, ganz und gar in der Gegenwart angesiedelte, oldenburgisch-ostfriesische Interessenregion. Zu ihren unabdingbaren Voraussetzungen gehörte das Land Niedersachsen mit seinen spezifischen Strukturen, seinen ökonomischen Verdichtungsräumen, seinen regionalen Konkurrenzen. Im niedersächsischen Rahmen, vor dem niedersächsischen Hinter-

grund begannen altgewohnte, altgepflegte Abgrenzungen zwischen Oldenburg und Ostfriesland zu verblassen, während bestimmte Gemeinsamkeiten deutlicher, gelegentlich schmerzlicher ins Bewußtsein traten - so schon die elementare Erfahrung, daß die historischen Landschaften an Weser und Ems bei ihrer Lage im nordwestlichen Landeswinkel, bei dem Stand ihrer industriellen Entwicklung, bei ihrer vergleichsweise schwächeren Steuerkraft im größeren Landeszusammenhang nur mehr als "Nebenräume" erschienen, bestenfalls als Entwicklungsgebiete, denen man schon deswegen Aufmerksamkeit widmen mußte, weil auch hier Landtagswahlen gewonnen und verloren werden konnten, die aber jedenfalls doch an wirtschaftlicher, politischer, kultureller Bedeutung hinter den Regionen des südlichen Niedersachsens zurückstanden. Auf sie blickte man im Nordwesten mit Vorbehalten, in denen sich ruhige Selbstsicherheit und Minderwertigkeitsgefühle, Resignation und trotziger Optimismus auf bezeichnende Weise mischten. Verglichen mit den südöstlichen Landesteilen lebte man in Oldenburg und erst recht in Ostfriesland verkehrsfremd, industriefremd und eben auch universitätsfremd. Denn wie die großen Fabriken, so konzentrierten sich die "Hohen Schulen" Niedersachsens im "Süden", in Hannover, Braunschweig, Göttingen - und entsprechend wurde die Forderung nach einer Universität für den Nordwesten zum Ausdruck eines regionalen Bestrebens, aufzuholen, teilzuhaben an den "Fortschritten" des Zeitalters, als gleichwertig anerkannt zu werden. Sie richtete sich gegen den überkommenen Tatbestand räumlicher Qualitätsdifferenzierungen: als dürfe es auch in Zeiten demokratischer Gleichberechtigung für kulturpolitisches Handeln noch so etwas wie eine Hierarchie der Regionen, eine Unterscheidung zwischen höherqualifizierten Zentralgebieten und provinziellen "Nebenräumen" geben. Man begann sich zwischen Weser und Ems dagegen zu wehren, als kulturelle "Provinz" abqualifiziert zu werden - und bewegte sich damit durchaus auf der Höhe des Zeitalters. Denn die urbane Zivilisation war ja, dank ihrer Kommunikationstechniken, längst

im Begriffe, auch sogenannte Reliktgebiete zu durchdringen und zu erobern und alte Qualitätsdistanzen aufzuheben. Die Entwicklung macht schließlich auch die Großstadt zur Provinz: das Fernsehprogramm ist überall gleich. Es gab jedenfalls schon in den sechziger Jahren in Oldenburg und Ostfriesland keinen Grund mehr, die vorgegebene Universitätsferne als unaufhebbares Gesetz hinzunehmen, weil man nun einmal im Winkel, in der Provinz lebte. Man wollte - vielleicht, ohne es sich immer bewußt zu machen - aus den alten, eingrenzenden Überlieferungsgehäusen heraus. Daß man sich dabei, auch mit dem Ruf nach der Nordwest-Universität, in die großen Nivellierungsprozesse des Zeitalters einreichte, wurde wohl nur bedingt wahrgenommen. Eher ging es den regionalen Selbstgefühlen zwischen Weser und Ems auch mit der Universität um Selbstbestätigung - nun nicht mehr im Festhalten an alten Territorialgrenzen, sondern im Zusammenhange einer Region, die ihre Einheitlichkeit, ihre spezifischen Gemeinsamkeiten ganz wesentlich aus ihrem Verhältnis zum übrigen Niedersachsen begriff. Ihm gegenüber suchte sie ihre unterscheidenden Eigenarten in die Anerkennung ihrer Gleichwertigkeit einzubergen - und daß man grundsätzlich gleichen Wertes sei und mit seinen Möglichkeiten, seinen Begabungsreserven, seinen Bildungspotentialen auch eine Universität zu tragen vermochte, verstand sich an Hunte und Ems mehr und mehr von selbst.

Dabei dachte man natürlich in den sechziger Jahren noch weit überwiegend an eine Universität von überkommenem Aufbau und Charakter, sozusagen ein Oldenburger Göttingen. Die dann endlich aus der akademischen Diskussion in die gesellschaftliche Realität drängende und von der "68er"-Studentenbewegung erfaßte, durchdrungene und dynamisierte Hochschulreformtendenz hat dann die oldenburgisch-ostfriesischen Universitätswünsche in ihren Strom mitgerissen - und dabei gründlich modifiziert. Die Entwicklung, die Erscheinungsform, in der die "Universität Oldenburg" schließlich Wirklichkeit wurde, hatte für viele alte Protago-

nisten der Universitätsgründung in der Region zunächst eher verwirrende, verstörende, wenn nicht gar abschreckende Züge. Sie stieg, so schien es, auf aus den Strudeln einer revolutionären Veränderung überkommener Orientierungen; sie begriff sich selbst als "Reformuniversität", propagierte bildungspolitischen Wandel auf dem Wege zu einer demokratischeren - wie einige hofften, andere befürchteten: sozialistischen - Gesellschaft und bestätigte auf mancherlei Weise die konservative Sorge, sie sei ein Nest, eine Brutstätte des radikalen Umsturzes. Sie suchte zwar von vornherein, schon in der Konsequenz ihres intensiven Strebens nach "Praxisbezug" ihrer Forschung und Lehre, die engsten Kontakte zur sie umgebenden Region, und selbstverständlich fand sie auch Verständnis und Hilfsbereitschaft, stieß aber gleichzeitig und immer wieder in ihren Anfangsjahren auf ängstliche, abwehrende, ablehnende Vorbehalte: als sei sie in der vertrauten Sphäre der regionalen, sozusagen gutbürgerlichen Bildungsüberlieferungen und Universitätsvorstellungen Oldenburgs und Ostfrieslands ein greller Fremdkörper. Der Streit um ihren Namen reflektiert die Schwierigkeiten ihrer regionalen Akzeptanz auf seine Weise. Die Befürworter einer "Anton-Günther-Universität" zwar blieben in hoffnungsloser Minderheit - aber Carl von Ossietzky lud die Region offensichtlich auch nicht gerade zu rascher Identifizierung ein. Sein Name stand vielmehr, so hatte es den Anschein, für einen fremdartigen, nicht ins Land passenden Charakter der Universität: eine Auffassung, in der sich auch die vom aktuellen Generations- und Bewußtseinswandel bewirkten Unsicherheiten der Region mit ihrer eigenen Identität spiegelten. Sie blieb nicht ohne regionalen Widerspruch - und überhaupt war es ja zu keiner Stunde "die" Region schlechthin, welche die Universität mit ihren Vorbehalten ummauert hätte. Am ostfriesisch-oldenburgischen Verhältnis zu der noch gärenden Hochschule in ihrem ersten Jahrzehnt erwies sich vielmehr, wie unterschiedlich und vielfältig regionales Bewußtsein reagierte und urteilte - in einem farbigen Kontrast zur einförmigen Heimatideologie mancher Pre-

diger und Interpreten regionaler Identität. Und auch die Universität ließ sich ja in keiner Phase ihrer Existenz auf nur eine Formel des ideologischen, des pädagogischen, des wissenschaftlichen Selbstverständnisses festlegen. Sie lebte seit ihrer Gründung in Meinungsvielfalt und entsprechenden, zuzeiten schmerzlichen, gelegentlich auch nur zeitraubenden, oft aber doch auch fruchtbaren Spannungen. Sie war seit je reicher an eigenen, inneren Orientierungen, als das da und dort zäh nachlebende Vorurteil über sie wahrzunehmen vermochte, und sie wies sich von vornherein nicht nur durch revolutionär anmutende Gesten und ruhestörende Parolen aus, sondern auch durch solide Arbeit und - man wird dies gelassen sagen dürfen - durch Leistung. Entsprechend fand sie bei wichtigen regionalen Institutionen und Verbänden, bei den Politikern "vor Ort", den "Kammern", den "Landschaften", immer wieder Verständnis und anerkennende Resonanz. Der ihr daraus zugewachsene regionale Rückhalt und Beistand war sicher eine der wesentlichen Bedingungen ihres Überlebens, und daß sie jetzt wirklich - wenn man in unserer Ebene so sagen darf - "über den Berg" ist, verdankt sie weitgehend auch der trotz mancher Vorbehalte mit ihr, mit ihren Entwicklungsmöglichkeiten sich identifizierenden Region.

Natürlich ist sie deswegen keine oldenburgisch-ostfriesische Institution; sie ist eine niedersächsische Gründung, eine Einrichtung des Bundeslandes Niedersachsen. Die mit ihr realisierten bildungs- und strukturpolitischen Vorstellungen leiten sich nicht nur aus regionalen Bedürfnissen ab; sie rechtfertigen sich aus ihren Bezügen auf das Landesganze. Die Region hätte selbstverständlich am liebsten eine Volluniversität mit allem Drum und Dran von der Medizin über die Jurisprudenz bis in die Vielfalt der natur-, sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Fächer: je reichhaltiger, je differenzierter in ihrem Lehr- und Forschungsangebot, um so angemessener dem regionalen Selbstwertempfinden. Aber gerechnet wird vom Land und nach landesbezogenen Maßstäben und Orientierungen - was auch bedeutet, daß nicht jede

Universität des Landes jedes Studienfach aufweisen kann. Das Land muß Prioritäten setzen und Ausbaugrenzen ziehen, und daß man von ihm nicht verlangen darf, was über seine Möglichkeiten geht, zum Beispiel einen medizinischen Fachbereich an unserer Hochschule, leuchtet selbst in Oldenburg ein. Etwas schwerer verständlich bleibt es schon, daß man ausgerechnet hier, in einer Stadt mit reicher gerichtsgeschichtlicher, juristischer Tradition und Aktualität, auf die Rechtswissenschaften an der Universität zu verzichten hat, und bei aller Einsicht in die Notwendigkeit, geisteswissenschaftliche Überschwänge zu zügeln, muß doch immer wieder zu fragen erlaubt sein, ob es nicht letzten Endes auch im Landesinteresse liegt, für das geisteswissenschaftliche Studium an der Oldenburger Universität, in Forschung und Lehre, die Chancen einer sinnvollen Fächerkombination zu erweitern oder überhaupt erst zu schaffen: so daß zum Beispiel neben der Germanistik, der Religionspädagogik, der Geschichte endlich auch romanische Sprachen oder das für geisteswissenschaftliche Arbeit auf europäischem Bildungsniveau noch immer unentbehrliche Latein hier studiert werden können.

Das Land setzt die hochschulpolitischen Prioritäten - und auch die Universität in Oldenburg steht mit ihrem Angebot, ihren wissenschaftlichen Qualitäten für die Möglichkeiten, die Vernunft, das Ansehen des Landes Niedersachsen. Natürlich auch - und gerade - mit ihrer Personalstruktur: und da drückt es doch sehr auf die Stimmung, wenn man in der Zeitung lesen und auch im eigenen Fach erfahren muß, wie Berufungen nach Oldenburg an gar zu dürftiger Quantität der Mitarbeiterstellen scheitern. Zu fürchten ist, daß sich dergleichen negative Erfahrung weniger mit dem Namen Niedersachsen, eher mit der Bewertung Oldenburgs als Universität verbindet. Dies mindert die Lust eines oldenburgischen Professors zu festrednerischen Formulierungen über seine Universität durchaus - aber ich fahre mit gedämpftem Optimismus fort: sie, die Universität, steht nicht nur für Niedersach-

sen, sondern zugleich auch für die sie umgebende, auf sie bezogene Region, für diesen nordoldenburgisch-ostfriesischen Raum, den sie denn doch, trotz ihrer Unvollkommenheiten, erheblich bereichert und von dem sie inzwischen auch wohl problemlos akzeptiert wird. Sie demonstriert mit ihrer Existenz, ihrer Arbeit seine grundsätzliche Gleichwertigkeit im Nebeneinander der niedersächsischen Regionen. Er hat gewiß noch mancherlei Entwicklungsbedarf; aber er kümmert nicht mehr im Winkel seiner - oft übrigens nur scheinbaren - Rückständigkeiten vor sich hin, und das arrogante Gerede von der "akademischen Provinz", wie es zum Beispiel in der 1983 geführten Diskussion um den Bestand unserer Universität laut wurde, würde man heute noch weniger als damals ernst nehmen können. Die Region ist der Universität in der selbstverständlichsten Weise gewachsen - und beide sind einander, so hat es den Anschein, unentbehrlich geworden. Was die Universität als "Wirtschaftsfaktor" für die Stadt Oldenburg und ihr Umland bedeutet, ist hier nicht nachzurechnen; sie ist jedenfalls dabei, dem wirtschaftlichen, dem sozialen und natürlich dem kulturellen Erscheinungsbilde Oldenburgs immer unlösbarer einzuwachsen. Mit den Institutionen der regionalen Wirtschaft, Landesentwicklung, Kulturförderung hat sie eine Vielfalt an Kontakten und Kooperationen entwickelt; der regionale "Praxisbezug", den sie seit ihrer Gründung so lebhaft propagiert und angestrebt hat, ist längst über seine ideologischen Motivationen hinaus- und in die Sphäre allseitig sinnvoller, sachlicher Zusammenarbeit hineingediehen.

Sie läßt sich selbstverständlich um so unbefangener praktizieren, je weniger die Region von der Universität Dienste erwartet, die sie ihren Funktionen, ihrem Wesen nach nicht zu leisten vermag. So kann man sie nicht - oder nur um den Preis ihrer Selbstverleugnung - für regionale Traditionsbestätigungen instrumentalisieren: wie denn niemand ernsthaft von ihr erwarten wird, sich in ihrem Lehrbetrieb plattdeutsch zu artikulieren. Eine Universität ist nicht eben nur ein Abbild

oder Spiegel der sie umgebenden Region; sie lebt aus eigenen Traditionen, in einer eigenen, von der Umwelt abgehobenen sozialen und geistigen Realität, in Beziehungsgeflechten, die weit über einen regionalen Raum hinausreichen. Sie kann darüber in die stets aktuelle und auch von keinerlei "Praxisbezug" zu verdrängende Gefahr geraten, sich - etwa auch in ihrer Sprache, ihrer gesellschaftlichen Verständlichkeit - zu isolieren und überhaupt sich selbst mit der Welt zu verwechseln und darüber ihre Umwelt nicht immer wirklichkeitsgerecht wahrzunehmen. Aber sie muß wohl mit dieser Gefährdung leben; das Bestreben, sich ganz und gar der allgemeinen gesellschaftlichen und regionalen Praxis und deren Wertorientierungen und Bedürfnissen anzupassen, käme dem Verzicht auf ihre geistige Freiheit - der Freiheit auch zum manchmal verstörend wirkenden Experiment - und damit auf die elementare Voraussetzung ihrer Arbeit gleich. Sie braucht den Freiraum, Überlieferungen in Frage stellen, Urteile relativieren, Alternativen entwickeln zu dürfen - und die Gesellschaft, auch die Region, hat diesen Freiraum Universität schon um ihrer selbst willen im Grunde so nötig wie das tägliche Brot. Sie sollte daher auch den Zug von Distanz, von Heimatlosigkeit, der einer Universität notwendig eigen ist, großzügig tolerieren; er bringt ihr am Ende mehr Nutzen als jeder - von vornherein hoffnungslose - Versuch, die akademischen Institutionen in das Wurzelwerk heimischer Traditionswahrung einzusenken.

Eine Carl-von-Ossietzky-Universität in Oldenburg ist nun einmal keine Fortsetzung des alten Landes Oldenburg mit kulturellen Mitteln und natürlich auch keine Außenstelle ostfriesischer Selbstbehauptung. Sie hat zwar selbst weder Grund noch Anlaß, die gewachsenen und auch lebenskräftigen Strukturen in ihrer regionalen Umwelt mutwillig zu mißachten; aber wie schon, vor über drei Jahrzehnten, die Forderung, sie zu gründen, wie später dann das gemeinsame Interesse, sie der Region zu erhalten, so reflektiert heute ihre selbstverständlich gewordene Akzeptanz in Oldenburg und

Ostfriesland eine hier wie dort gegebene Bereitschaft, neue regionale Verbindungen - und sei es auch "nur" auf der Ebene einer gemeinsamen Universitätsregion - nicht mit territorialen Traditionsbeschwörungen zu blockieren. Vielleicht ist bei den Ostfriesen auch so etwas wie vergleichende Selbstbescheidung im Spiel: Aurich könnte als Universitätsstandort nur bedingt mit Oldenburg konkurrieren. In Oldenburg wiederum liegt die Versuchung näher, selbstsicher zu betonen, die Stadt habe mit der Universität schließlich nur erhalten, was ihr von ihrer Größe, ihrer sozialen Struktur, ihrer historischen Funktion her zugekommen sei. So ganz läßt sich die alte Territorialgeschichte, läßt sich ihre Nachwirkung auf das lokale, das regionale Selbstgefühl nicht weginterpretieren, wenn man sich bemüht, die Universität als Bezugszentrum eines neuen, territoriale Traditionen relativierenden Raumzusammenhanges zu sehen - einer oldenburgisch-ostfriesischen Region, die sich zwar nicht in Verwaltungs-, in Zuständigkeitsgrenzen, aber doch in bestimmten wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Interessen und Gemeinsamkeiten profiliert. Nichts gegen den Rang und Ruhm der Stadt Oldenburg als Verwaltungszentrum, als Metropole in "Weser-Ems", diesem größeren Raumgebilde, das ein verbindliches, einheitlicheres Profil zwischen Teutoburger Wald und ostfriesischen Inseln noch erst gewinnen muß; aber noch selbstverständlicher, noch fragloser überzeugt Oldenburg als Mittelpunkt jenes dichteren regionalen Zusammenhangs, der zugleich - schon was die Herkunft ihrer Studenten betrifft - das eigentliche Einzugsgebiet der Oldenburger Universität ist. Soweit er eine eigene, spezifische Identität hat, tritt sie gerade auch in seinem Bezug auf die Universität zutage. Auf eine Institution also, die der Region schon durch die Art ihrer Existenz, ihrer Arbeit und Leistung bezeugt, daß sie so viel oder so wenig "Provinz" ist, wie das Umland anderer Universitäten - Großstädte eingeschlossen. Die Universität Oldenburg bezeugt dies übrigens auch mit ihren wissenschaftlichen Fragen nach den Bedingungen, dem Wesen, den Entwicklungen des Regionalen überhaupt: mit einer interdis-

ziplinären Forschungstendenz, die noch immer - und schon gar vor dem Hintergrund des aufziehenden Europa - von großer allgemeiner Aktualität ist. Sie setzt Distanz voraus, den akademischen Freiraum des autonomen Denkens - aber doch auch Nähe: den Blick, das Gespür, das Verständnis für regionale Eigenheiten, für ihre vorläufigen, vorübergehenden wie für ihre kontinuierlichen Qualitäten. Wo sich universitäre Forschung - ob nun natur- oder sozialwissenschaftlich - mit ihnen befaßt, gewinnt sie selbst notwendig, aus der Unverwechselbarkeit der Thematik, einen unverwechselbaren Charakter, ein unterscheidendes, individuelles Profil, das ihr gut ansteht, wenn und solange sich regionale Spezialität und wissenschaftliches Niveau in ihm verbinden. Distanz und Nähe im rechten, fruchtbaren Gleichgewicht zu halten, bleibt das Problem einer Universität, die sich auf "ihre" Region einläßt, dabei sollte "Distanz" nicht als "Widerspruch" mißverstanden werden; so zwingt, zum Beispiel, kein noch so intensives akademisches Selbstgefühl eine Universität, sich mit ihrem unabdingbaren Bezug auf den jeweils allgemeinen Stand der wissenschaftlichen Orientierung, Diskussion, Methode schon in ihrem Erscheinungsbilde radikal von ihrer regionalen Umwelt abzugrenzen. Gewiß ließe sie sich auch als eine Art Einbruch des universalen Zeitgeistes und seiner bewegenden, verändernden Kraft in das altmodischere Charakterbild der sie umgebenden Region interpretieren - aber das mußte selbst in den früheren siebziger Jahren mit ihren noch wesentlich naiveren Auffassungen von "gesellschaftlichem Fortschritt" nicht zu solchen architektonischen Grausamkeiten führen, wie sie auf unserem Universitätsgelände mit entsprechend seelenlosen Funktionsbezeichnungen wie "AVZ" oder "VG" vor Augen stehen. Daß sich auch in Architekturen von regional angepaßtem Charakter Forschung von durchaus überregionaler Qualität betreiben läßt, haben wir inzwischen in Wechloy erfahren. Natürlich wäre es ungerecht, allein der Universität ihre gründungszeitlichen Neubauten anzulasten und bei deren Bewertung den Zwang zu möglichst rascher Überwindung ihrer ersten Raumnöte zu

übersehen - aber es liegt doch nahe, den baulichen Wertanstieg vom "VG" über den Uhlhornsweg nach Wechloy gleicherweise als Ausdruck ihrer zunehmenden existentiellen Sicherheit wie auch als Symbol eines wachsenden - und wechselseitigen - Einverständnisses mit ihrer backsteinfarbenen, regionalen Umwelt zu interpretieren.

Distanz muß nicht Widerspruch sein und Nähe bedeutet mehr als charakterlose Anbieterei; sie erweist sich gerade auch in den kritischen Wahrheiten, die man einander sagt. Die Universität bliebe gut beraten, wenn sie, wie bisher, die Region mit ihren spezifischen Problemen und Wünschen ernst nehmen würde, und die Region sollte sich die gelassene, prinzipiell einverständliche Toleranz bewahren, die sie im Verhältnis zur Universität ausgebildet hat. Freilich: "die" Region im Sinne einer einheitlichen regionalen Meinung gibt es heute so wenig wie in der Vergangenheit; das Land zwischen Weser und Ems hat, erfreulicherweise, auch in seinen Gesinnungen noch keinen uniformen Charakter. Um so positiver ist ihm die Akzeptanz der Universität anzurechnen. Sie verbindet auch Auffassungen, die sonst - und nicht nur in der Parteipolitik oder in den sozialen Interessen - deutlich voneinander abweichen. Die industriellen, gesellschaftlichen, politischen Nivellierungsprozesse des letzten Jahrhunderts und zumal während der niedersächsischen Zeit Oldenburgs und Ostfrieslands haben die alten, territorialen Kulturtraditionen zwar unübersehbar durchdrungen; aber noch scheint ihre Eigenständigkeit - institutionell verkörpert zumal in den "Landschaften" - ungebrochen. Zwar kann gerade in Institutionen der kulturellen Traditionswahrung gelegentlich eine Tendenz zur frommen Selbsttäuschung aufsteigen; sie nehmen dann ihre Anliegen wahr, als handelten sie im breitesten gesellschaftlichen Einverständnis, und übersehen bei solcher Verallgemeinerung, daß große Teile der Gesellschaft längst in andere Interessenrichtungen blicken. Doch war "Kulturpflege" auch in regionalen, in lokalen Grenzen schon seit je eine Sache von Minderheiten - und

immerhin wird sie ja, seit den späten siebziger Jahren, von einer auffälligen und sie rechtfertigenden gesellschaftlichen Zustimmung getragen. Zu deren Erscheinungsformen gehört eine Art Lust, sich territorial zu bekennen - "Heil Dir, o Oldenburg" zu singen oder die Parole "Freistaat Ostfriesland" ans Auto zu kleben oder Maria von Jever als Symbol jeveländischer Identität zu feiern. "Die" Region differenziert sich in kultureller Traditionsvielfalt - und sie wird zugleich von ökonomischen, von sozialen Interessenspannungen durchzogen, die quer durch ihre "historischen" Landschaften gehen und doch auch aus den regionalen Bedingtheiten leben: in den Problemen der Landwirtschaft ebenso wie im Fremdenverkehrsgewerbe, in den bleibend aktuellen Bemühungen und Diskussionen um die Verkehrsentwicklung gleicherweise wie in den Kämpfen um Ausbau oder wenigstens Erhalt von Industriestandorten, und zugleich im zunehmend notwendigen Konflikt des Umweltschutzes mit all diesen Interessen. Die Region als Raum einer keineswegs immer nur herzerwärmenden Vielfalt der Meinungen und Bedürfnisse: regionales Bewußtsein hat es hier schwer, auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen. Entsprechend wertvoll müssen ihm Positionen oder auch Einrichtungen sein, in deren regionaler Akzeptanz sich seine so oft auseinanderstrebenden Richtungen auf gleicher Linie zusammenfinden, in denen daher eine grundsätzliche Realität um regionale Gemeinsamkeit aufleuchtet. Die Universität wird hoffentlich auf Dauer zu ihnen gehören.

Sie könnte dabei, auf ihre Weise, zu einem zunehmend bewußteren, reflektierteren Umgang der Region mit sich selbst beitragen, zu einem Verhalten, das die Region nicht mehr nur als vorgegebene Selbstverständlichkeit begreift, sondern als Aufgabe. Die Maßstäbe ihrer Bewältigung lassen sich nur noch sehr bedingt aus den überkommenen, regionalen Traditionen ableiten. Unser modernes Verständnis von Region hat ja nur noch wenig mit einer in heimatlichen Überlieferungen wurzelnden Existenz, einem statischen Weltver-

ständnis zu tun. Dergleichen mag gelegentlich Ziel nostalgischer Sehnsüchte sein - aber niemand kann hinter seine Gegenwart zurückspringen und Geschichte ungeschehen machen. Zur Geschichte des industriellen Zeitalters gehört die Relativierung, die Auflösung alt-heimatlicher Strukturen, Identitäten, Geborgenheiten; sie hat die alten Heimatcharaktere vielfach schon so weit ausgehöhlt, daß nur Charakterhüllen übriggeblieben sind - eine Art denkmalsgepflegter Identitätsfassade vor unseren mobil gewordenen, nivellierten, austauschbaren Lebenswelten. Verantwortlicher, bewußter Umgang mit der Region kann die Erfahrung der Moderne nicht ausklammern, sollte sie vielmehr voraussetzen. Die Entwicklung der Welt zu immer mehr Verflechtung, Durchlässigkeit, kultureller Pluralität wird sich nicht aufhalten lassen; regionales Bewußtsein, das sich dagegen verschließt, schadet der Region, indem es vorgibt, sie zu retten. Bewußter Umgang mit ihr sollte sie nicht *gegen* das unumkehrbare Zeitalter, sondern *in* seinen Bedingtheiten zu bewahren und auszubauen suchen: als einen Raum der Sicherheit stiftenden Überschaubarkeit, der menschlichen Nähe, der Humanisierung von Entwicklungsprozessen, die uns anders in immer tieferen Identitätsverfall hineinziehen könnten.

Die Universität steht hier wie kaum eine andere Institution an einem Schnittpunkt von universaler und regionaler Wirklichkeit. Sie ist dem Nachdenken, der Reflexion verpflichtet - ein Ort, an dem die Welt bewußt gemacht wird oder jedenfalls werden sollte. Ihre geistige Existenz lebt aus ihrem Bezug auf das Allgemeine - aber sie braucht Umwelt, Menschen, Nachbarschaft, regionale Realität, um gesellschaftlich wirken und sich in ihren Wirkungen bestätigen zu können. Distanz und Nähe: sie lassen sich auch in dem universitären Bemühen vereinigen, über Lehre und Forschung der Region mehr Bewußtsein über sich selbst zu vermitteln. Voraussetzung dafür bleibt - man kann dies nicht oft genug wiederholen - das einfühlsame Verständnis der Universität für ihre regionale Umwelt. Mit akademischer Selbstpreisgabe an pro-

vinzielle Enge hat das wenig zu tun. Die Welt wird heute überall eng und die Förderung von regionalem Bewußtsein - einem weltoffenen, zur Pluralität fähigen Regionalbewußtsein - könnte gar zu einem der Leitmotive universaler Problembewältigung aufsteigen. So gründet sich die Zuwendung der Universität zur Region auf allgemeinste wissenschaftliche Legitimationen. Aber natürlich ist sie immer auch der notwendige Versuch, die Universalität von Wissenschaft an der Menschlichkeit der Nähe zu bewähren.

MICHAEL DAXNER

Meine Herren Vizepräsidenten, liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Universität, Kollegen der befreundeten, benachbarten und uns besonders verbundenen Universitäten und Hochschulen, Freundinnen und Freunde, hochansehnliche Versammlung!

Die Ansprachen des Landtagspräsidenten und des Vorsitzenden der Universitätsgesellschaft haben die beiden Pole markiert, zwischen denen die Öffentlichkeit eine Universität und ihren Präsidenten ausspannt, nämlich den Gesetzgeber als staatlichen Regulator und die Fördergesellschaft als der Vertreterin der Eigentümer dieser Hochschule. Den Kontrapunkt setzt die Wissenschaft, Heinrich Schmidt hat sozusagen aus dem geöffneten Fenster der Universität etwas über ihre Denkweise und Wirkung gegenüber der Region erzählt. Für diesen Rahmen, der mehr als ein Ornament ist, Dank zunächst, auch für die Musik, die im glücklichen Fall ja anzeigen soll, wie nahe Kunst und Wissenschaft einander sein müssen, damit eine richtige Universität als Bestandteil öffentlicher Kultur wirken kann und wir nicht einfach eine Versammlung von Fächern zu ganz alltäglichen Zwecken darstellen. Dank sei hier insgesamt nur sparsam ausgesprochen, nach innen, in die Universität habe ich ihn bei meiner Wiederwahl und bei meinem Rechenschaftsbericht vor dem letzten Konzil auszudrücken versucht, das Programm für die 2. Amtszeit ist seine allgemeine Form. Drei Namen seien dennoch hier genannt. Ingrid Rietz, Horst Scholz und Werner Bludau: die Chefsekretärin, der Präsidialamtsleiter und der Fahrer - Ihnen danke ich über den Dienst hinaus, denn sie halten doch ein Stück meines Lebens in ihren Händen. Dies ist auch eine wichtige Überleitung, denn bevor ich Ihnen, meine Damen und Herren, die Sie die Öffentlichkeit und damit die Eigentümerin dieser Universität vertreten,

Dank ausspreche, einen privaten Satz: Den Mitgliedern meiner Familie, den Gefährtinnen und Freunden, die mein Leben im wahrsten Sinne des Wortes begleiten und mitgestalten, sei hier von Herzen gedankt. Ich weiß, welche Zumutungen das Amt schon an sich für Menschen, die seinem Träger so nahestehen, mit sich bringt, und wahrscheinlich mache ich es dann gerade diesen Nächsten besonders schwer. Für die Lieben und die Freunde gilt ja, daß sie immer stärker mit dem belastet werden dürfen, was in einer Zeit der schamlosen Entäußerung die Öffentlichkeit gerade nichts angeht. Auch hinter der Formel einer Verbindung von Privatheit und Öffentlichkeit hat sich nach den programmatischen Tagen von 1968 eine Verantwortungslosigkeit breitgemacht, die gerade nicht den Alltag im recht verstandenen Sinn politisiert, sondern mit der Öffentlichkeit wie mit einer Menge von Privatsachen umgeht, deren Intimität durch Offenlegung sie zugleich entwertet. Dank Euch wenigen also und wenig Hoffnung auf Kompensation.

Aus vielen Poren und Auslässen dringt die Universität in die Gesellschaft, durch ebenso viele Kanäle und Verbindungen drängt sich die gesellschaftliche Wirklichkeit in unsere Korporation. So soll mein Dank an dieser Stelle all jenen gelten, die mich bei der Außenvertretung unterstützen, die die Durchlässe, Brücken und Verbindungen freihalten und den Austausch bewerkstelligen, oft mit der gleichen Bürde meines Amtes, ohne seine Freiheiten. Und damit kann ich mich nun bei Ihnen, meine Damen und Herren, sehr konkret bedanken. Sie haben meine Person und meine Amtsführung angenommen, auch und vor allem als Ausdruck, daß diese Universität bereit ist, sich dem öffentlichen Auftrag in Studium, Forschung und Dienstleistung zu stellen und sich nicht in einsamer Selbstbeauftragung zu entziehen; Sie haben mir gestattet, glaubwürdig auch in der Kritik und im Widerstand gegen Zumutungen zu bleiben, die keine Wissenschaft ertragen kann, und Sie haben mir Kompromisse dort leichtgemacht, wo ich gegen meine Überzeugung sie schließen muß-

te. Sie repräsentieren die vielfältig verschränkten Einrichtungen und Knotenpunkte einer komplizierten Gesellschaft, die sehr weit davon entfernt ist, wirklich zu wissen, was sie von den Hochschulen und der Wissenschaft will. Daß jede und jeder von Ihnen sich, soweit sie mit mir umgegangen sind, über diese Konsenslosigkeit erhoben hat und die eigenen Vorstellungen, politisch, kulturell, sozial oder einfach kritisch mir gegenüber dargebracht hat, ist mir genauso wichtig wie die Beachtung jenes Protokolls, in dem die Universität gleichgestellt mit den anderen großen Institutionen dieser Gesellschaft ihren Platz beansprucht, weil ihre vormalige Zurücksetzung nicht nur die Mitglieder der Korporation, sondern auch die Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung beleidigt hatte. Daß dies in Oldenburg sich zu einer guten und erfolgreichen Symbiose gewandelt hat, vermerke ich dankbar. Daß auch die notwendigen Profilierungen und Abgrenzungen zwischen den Hochschulen und Universitäten des Landes die Rivalitäten ihrer Vertreter nicht verstärkt haben, sondern daß es landespolitische und bundespolitische Verbindungen gibt, die stärker sind als jeder Wettbewerb, ist für mich ebenfalls ein Grund zur Dankbarkeit, weil die Universität nicht darunter leiden sollte, daß die Protagonisten der Hochschulpolitik die Form ihrer politischen Machtausübung noch nicht gefunden haben. Damit will ich es in der Danksagung bewenden lassen, viele werden sich in den nächsten Minuten in anderer Weise wiederfinden. Noch ein Wort sei dem Wiener im norddeutschen Ausland gestattet: Könnte ich nicht mit dem großen Himmel und ohne Berge leben, hätte keine Pflichterfüllung mich zur Wiederwahl animiert, sähe ich nicht die urbane Qualität der Universität innerhalb der Stadt Oldenburg, würde ich es wohl auch nicht aushalten; und ein Stück der Wiener Urbanität hier der Stadt und der großen Ebene begreiflich zu machen, ist durchaus auch Bestandteil meines Selbstverständnisses.

Sehr oft habe ich Erfolge, Mißerfolge, Visionen und Alltag in den gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Kon-

text dieser Hochschule zu stellen versucht und auch offen ausgesprochen, was ich mir erhoffe, welche Ansprüche ich habe, und auf welches Niveau ich meine Erwartungen wohl heben oder senken muß, um einiges davon zu verwirklichen und verantworten zu können. Rechenschaft aber heißt, öffentlich über das Mandat und das Amt, das mir übertragen wurde, nachzudenken und damit die intellektuelle Aufgabe, Denken als öffentliche Arbeit zu begreifen, einzulösen. Welchem Maßstab dürfte ich folgen, ohne die durchaus erfolgreichen ersten sechs Amtsjahre zu glorifizieren, und ohne eine nicht einlösbare Bürde für die zweite Hälfte auf mich zu laden? Lassen Sie mich zwei menschliche Vorbilder statt großer Theorien anführen. Von meinem verstorbenen Kollegen Manfred Horstmann aus Osnabrück habe ich in langer Freundschaft und zu kurzer Zusammenarbeit gelernt, was neben aller Professionalität die unverzichtbare Grundlage auch des eigenen Alltagshandelns sein muß, um über den Tag hinaus richtig zu handeln, wobei richtiges Handeln nicht immer den Erfolg mit einschließen muß: Anständigkeit, Kompetenz, Respekt vor den kontingenten Bedingungen von Wissenschaft und Härte gegenüber den nicht aufgeklärten Zumutungen an die Hochschule möchte ich verbinden, und da ich Manfred Horstmann gekannt habe, weiß ich, daß diese Verbindung möglich ist. Wie weit ich von der Einlösung dieses Anspruchs jeweils entfernt bin, zeigt der Einzelfall, aber nicht das Prinzip, und so will ich mich hier nicht in die arrogante Immunität dessen zurückziehen, der seine Zukunft nur deshalb vor sich hat, weil er auch da Fehler machen darf. Das zweite Vorbild hat mir Joist Grolle gegeben, als er vor einigen Wochen anlässlich eines Symposiums zu seinem Geburtstag Rechenschaft als Politiker und Wissenschaftler vor einem Kreis von Freunden und ihm verbundenen Kolleginnen und Kollegen gegeben hat und dabei gerade dort Selbstbewußtsein demonstriert hat, wo der Erfolg nicht der Maßstab des richtigen Handelns ist. Ein Wort von Christa Wolf aufnehmend, sagte Grolle: "Ich kehre noch einmal zu dem Wort von 1987 zurück: `Das Ziel einer fernen

Zukunft war weggesprengt. Das Wort zeigt weit über seinen Anlaß hinaus einen Zukunftsverlust an, der in fast allen Bereichen unserer Zivilisation um sich greift. Ist damit zugleich das Ende der Aufklärung angezeigt? Ganz sicher, wenn denn Aufklärung wirklich gleichbedeutend sein sollte mit einem Zukunftsoptimismus, der auf den Selbstlauf des Fortschritts setzt. Die von mir angeführten Zitate zeigen nun freilich, daß den tieferdringenden unter den Aufklärern eine solche Gleichsetzung durchaus fern lag. Für sie war Aufklärung alles andere als eine naive Fortschrittsideologie. Innerster Kern ihres Verständnisses von Aufklärung ist vielmehr ein Appell an die Verantwortung des Menschen. So begriffene Aufklärung geht davon aus, daß es möglich, aber auch nötig ist, den Menschen in die moralische Haftung für die Folgen seines zivilisatorischen Tuns zu nehmen. Haftung - das setzt ein Subjekt voraus, das für sein Handeln einsteht: für Menschenliebe und Menschenverachtung, für gerechtes und ungerechtes Tun, für Bewährung und Versagen im Gemeinwesen. Für die Frage nach der Zukunft heißt dies: Es gibt keine durch zivilisatorischen Selbstlauf garantierte Zukunft. Zukunftschancen werden genutzt oder vertan. Sie stehen jeden Tag unter dem Risiko des Scheiterns."

Mehr könnte auch ich nicht angeben, ohne sogleich praktisch zu werden und die politische wie die wissenschaftliche Öffentlichkeit zu suchen. Daß ich dies ständig mit und im Amt zu vereinen mich bemühe, möge auch als Einlösung des Versprechens von 1986 akzeptiert werden, da ich immer zugleich Wissenschaftler und Leiter der Universität bleiben wollte.

Diese Einleitung erspart mir eine zu intensive Konzentration meines Berichts auf meine Person, und ich wende mich der Amtspersönlichkeit und dem Mandatsträger zu. Bei meiner Amtseinführung hat der Vertreter des hohen Ministeriums gemeint, er müsse mich darauf hinweisen, daß ich neben der Repräsentanz der autonomen Hochschule auch Behördenleiter und somit der Vertreter des Staates sei. Ich habe unter zwei höchst unterschiedlichen Regierungen, zwar gekränkt

durch diese wohl von Zweifeln und Paternalismus geprägte Ermahnung, gleichwohl immer getrachtet, die jeweils durch Wahl legitimierte Regierung auf die Seite der Wissenschaft, der Institution und des Einzelfalls zu ziehen, und ich habe nie die wohlfeile Karte gespielt, in Hannover bei der Opposition alle Versprechen der Machtlosen als persönliche Wechsel auf die Zukunft daheim zu präsentieren. Das führt immer zu breiten Feldern eines Kompromisses, der einer kritischen Programmdiskussion selten standhält, aber wenigstens für die Zukunft nichts verbaut. Das halte ich schon für einen Erfolg, und so haben wir gemeinsam der alten Regierung den Erhalt von Fächern, Kunst, Musik, Physik und Sonderpädagogik abgetrotzt, und so werden wir die neue Regierung weiterhin in die Pflicht nehmen, und wie bei meinem Amtsantritt vor sechs Jahren sage ich, daß meine Dankbarkeit der einzelnen Verhandlung gilt, daß ich aber für das, was uns *de re publica* zusteht, nicht *privatim* Dank äußere, sondern bloß Respekt, wenn wir eine Methode entwickelt haben, unter schweren Bedingungen das zu sichern oder zu erweitern, was die Öffentlichkeit von einer guten Universität erwarten darf. Wenn Ihnen das noch zu abstrakt ist, dann kann ich ganz deutlich werden: Wir fordern nichts, als das, was in Oldenburg längst hätte geschehen müssen; und das heißt nicht, daß anderswo Ähnliches nicht hätte geschehen sollen oder nicht auch noch zu erwarten wäre. Aber eine Solidarität macht es sich zu billig, wenn sie allen Forderungen bei allen gleiches Gewicht zumißt, und deshalb schon den eigenen Mißerfolg vorprogrammiert. Das führt mich zu zwei für meine bisherige wie künftige Amtszeit entscheidenden Punkten: Wir sind noch lange nicht am Ende mit dem regionalen Aufholen, und wir wollen nicht irgendeine Universität im Nordwesten sein, sondern eine, die den Standard in Forschung, Lehre und Dientleistung an den höchsten erreichbaren Maßstäben mißt, welche zu definieren wären: also Elite nicht als unangemessene Einengung jeglichen Zugangs, dafür Avantgarde bei den Leistungen. Das ist das eine. Das andere aber ist, daß Hochschulpolitik insgesamt, und da nehme ich die

Vertreterinnen und Vertreter des öffentlichen Lebens und der Politik frontal ins Visier, daß die Öffentlichkeit sich ihrer Eigentumsrechte an den Hochschulen auch gegen vermeintliche Sparzwänge und Sachnotwendigkeiten einer total veränderten Gesellschaft erneut annehmen muß. 1963 wurde der Bildungsnotstand von Georg Picht ausgerufen, weil die reiche Bundesrepublik nur einen mit einem armen Entwicklungsland vergleichbaren Anteil des nationalen Reichtums für Wissenschaft auszugeben sich erfrechte. Der Anteil am Bruttosozialprodukt war damals wie heute unter 1%, vor zehn Jahren waren immerhin 1,3 % erreicht. In den letzten fünfzehn Jahren ist der Anteil der Ausgaben für die Hochschulen um 25% gesunken, wir sind wiederum ganz unten. Und müssen uns doch die Zumutung gefallen lassen, von Politikern aller Parteien unentwegt gescholten zu werden, weil wir trotz einer Vervierfachung unseres Arbeitsvolumens mit den abgesenkten öffentlichen Zuwendungen nicht auskommen; zugleich aber auch in den höchsten Tönen gelobt zu werden, wenn es darum geht, etwa den europäischen Partnern oder den Amerikanern zu zeigen, daß man mit einem abgeschotteten, hochprivilegierten, ständisch organisierten System noch immer besser führe, als mit einer komplizierten, weiterer Demokratisierung bedürftigen, gesellschaftsoffenen Hochschule. Gerade diese Ambivalenz hindert uns daran, das zu tun, wofür ich gegen den Widerstand etlicher Kollegen, aber doch mit der Legitimation meines Amtes kämpfe: Daß wir endlich nicht nur durch unsere Bücher und unsere Forschungen, durch die Arbeitsplätze unserer Absolventinnen und Absolventen uns legitimieren, sondern daß wir in der Lage sind, der Öffentlichkeit ein kritisierbares und beeinflussbares Bild unserer Leistungen, unserer Leistungsfähigkeit und unserer Defizite zu geben. Nur wenn wir ernstgenommen werden in dem, was wir als republikanische Anstalt, als Dienstleistung für die Gesellschaft zu tun in der Lage sind, und nur, wenn uns dies nicht von Menschen vorgeschrieben wird, die vielfach seit ihrem Hochschulabschluß eine Hochschule nicht mehr betreten haben, werden wir un-

seren verantwortungslosen Stil ablegen können, unsere Interessen letztlich von der Exekutive treuhänderisch wahrnehmen zu lassen. Ich habe dazu in der Landes- und der Bundespolitik sehr viel und ausführlich gearbeitet, und ich möchte nicht ausgerechnet hier mich der unzulässigen Verkürzung meiner Argumente schuldig machen. Aber ich kann einerseits von Ihnen nur weitere Unterstützung, mehr Geld, auch mehr Handlungsspielraum verlangen, wenn andererseits die eigene Hochschule bereit ist, sich aus ihrer selbstgenügsamen, ohne Risiken, aber auch ohne Herausforderungen gestalteten Routine herauszuwagen; und ich kann von den Studentinnen, den Lehrenden und der Universitätsverwaltung kein gesteigertes Leistungsbewußtsein verlangen, wenn alles, was über die phantasielose Exekution der Landeshaushaltsordnung hinausgeht, bestraft wird. Damit dies kein Teufelskreis wird, müssen wir die Apathie durchbrechen, und hier wende ich mich an Sie als Öffentlichkeit und gerade nicht als Vertreter der staatlichen Exekutive. Sie müssen uns den Rücken stärken, auf das ungesicherte Terrain zu gehen, für unsere eigenen Handlungen auch einstehen zu können. Dies ist nun keine Frage des oft zitierten Globalhaushalts, dies ist keine Frage, ob wir mit Investoren oder mit einer etwas kompetenteren staatlichen Baupolitik besser fahren, dies ist keine Frage der Gesetzgebung allein. Dies ist eine Frage, wie weit Wissenschaft in den Hochschulen überhaupt überlebensfähig ist. Hier komme ich zu einem Hauptanliegen. Nicht unsere weltberühmten Forschungsinstitute, nicht unsere Industrieforschung und auch nicht unsere Patentbilanzen sind es, die den Bestand und die Weiterentwicklung von Wissenschaft sichern, sondern nur die Hochschulen. Dies ist keine emphatische Verklärung unserer Institution, sondern der nüchterne Befund, daß nur hier Studentinnen ausgebildet werden, daß nur hier Promotionen geschrieben werden, daß nur hier aus einer enormen und durch soziale Kämpfe überhaupt erst gesicherten Breite sich jene außergewöhnlichen Begabungen entwickeln, aus denen heraus die Bildung des wissenschaftlichen Arbeitsvermögens erfolgen kann. Das

setzt voraus, daß wir uns in aller Loyalität zur staatlichen Koordinierungsfunktion für Bildung und Erziehung den Zwecken des Sozialstaats, des Kulturstaats und des Rechtsstaats einfügen, wie es der § 2 des Regierungsentwurfs zum neuen Hochschulgesetz ausdrückt. Wir akzeptieren dies, und wir beugen uns dem nicht einfach mißmutig. Aber wir verlangen mehr. Wir verlangen, daß man uns das austragen läßt, was unter kurzfristigen wirtschaftlichen oder gar fiskalischen Interessen sonst nur unreif das Licht der Welt erblicken würde: eine Wissenschaft, die nun im Wortsinn tatsächlich in gesellschaftlicher Verantwortung steht und wirkt. Ich meine damit, daß wir an den Universitäten zwei Aspekte immer gleichzeitig bewältigen müssen: Wir müssen zum einen zur Kenntnis nehmen, daß keines der Probleme der Welt, und nur um solche geht es der Wissenschaft, ohne Wissenschaft zu lösen ist, unbeschadet der Tatsache, daß viele dieser Probleme auch durch den Einsatz von Wissenschaft erst entstanden sind; zum anderen aber, daß wir über die Weitergabe, über die beständige Verarbeitung des vorhandenen Wissens überhaupt erst jene Persönlichkeiten ausbilden können, die in der Lage sind, diese ungeheure Anforderung angesichts des drohenden Untergangs der Gattung Mensch wahrzunehmen. Wir dürfen gerade deshalb die Hochschulen nicht überfordern, damit wir von solchen Personen genügend einfordern können. Eine Überforderung der Hochschule besteht u.a. darin, all diese Qualifikationen unter unzumutbaren Bedingungen zu erbringen, und zugleich in der unglücklichen Situation des Kafka'schen Hungerkünstlers zu sein, daß man sich allmählich auf seine Anspruchslosigkeit verlassen kann und ihn gar nicht mehr in seinem Absterben beachtet. Spitzenleistung in der Wissenschaft heißt heute weniger denn je Nobelpreis oder öffentliche Ehrung, es heißt, in kürzester Frist und gleichwohl mit höchster Sorgfalt jene Überlebensprobleme der Menschheit zu analysieren, für die nur mit der Verwertung unseres Denkens Abhilfe geschaffen werden kann. Das mag hybrid sein, aber angesichts der Bedrohungen unserer eigenen und unseres auch in diesen Tagen im-

mer bewiesenen Selbstvernichtungspotentials ist es eine unabweisbare Anforderung.

Ich komme wieder zu den republikanischen Tugenden der Anständigkeit, der Kompetenz, der Zivilcourage und einer großen Härte gegenüber jeder populistischen Verkürzung der Probleme. Daraus folgen schwerwiegende Konsequenzen: Wir werden noch mehr Menschen brauchen, die wissenschaftliches Wissen mit hoher Spezialisierung und praxisorientiert verfügbar haben, ohne den gesellschaftlichen Kontext seiner dringend gebotenen Verwertung aus den Augen zu verlieren. Die jungen Menschen brauchen aber auch Arbeitsplätze, und darum ist es unverantwortlich, wenn viele Studierende gerade kritisieren, daß sie für den Arbeitsmarkt ausgebildet würden, wo nur sie ihn qualitativ verändern können. Wir müssen zugleich die Forschung nicht immer vom Ziel her als Alternative dort hochstilisieren, wo ihre bisherigen Endergebnisse in die Sackgassen unheilvoller Entwicklung geführt haben. Wir müssen vielmehr die Kompetenz vermitteln, die bisherige Entwicklung zu handhaben und dennoch eine alternative Praxis anzustreben. Durch Nichtforschung, durch Nichtbeachtung, durch nicht kontrollierbare Normen verhindere ich keinen Mißbrauch der Gentechnologie, verhindere ich keinen militärischen Einsatz wissenschaftlicher Ergebnisse in allen Fächern, verhindere ich keine umweltschädigende Verwertung naturwissenschaftlicher oder technischer Entwicklungen. Es gilt, unter allen Umständen und unter Inkaufnahme eines hohen Konfliktpotentials, die mögliche Vernünftigkeit des wissenschaftlichen Urteils gegen die oft unvernünftigen und oft unmenschlichen Erwartungen nicht nur einzelner Abnehmer von Ergebnissen oder Auftraggebern auszufechten, sondern oft auch gegenüber einer blinden, begriffslosen oder schlicht trägen Öffentlichkeit. Solche Probleme lassen sich nur sehr beschränkt durch das Gesetz lösen. Wo die Legislative es normieren möchte, müssen die Normen dann aber eindeutig, präzise und vor allem handhabbar werden. Hier ist noch erhebliche Arbeit vonnö-

ten, um aus der Willenserklärung des Regierungsentwurfs zu einem neuen Hochschulgesetz eine wirklich tragfähige und mit Gesetzestreue verbindbare Perspektive zu schaffen. Dies setzt Vertrauen voraus, Loyalität zur Institution der Hochschule, dies setzt Kontrollierbarkeit und Transparenz unseres Handelns voraus, und der Artikel 5.3 des Grundgesetzes schützt nicht vor Kontrolle und Transparenz, sondern er privilegiert in genau dem Maße, in dem diese Transparenz gewährleistet wird. Ich habe diese dramatischen Töne gewählt, anstatt den bequemen Weg zu gehen, erneut das Programm der Hochschule für die nächsten Jahre in Erinnerung zu rufen und erneut zu belegen, daß die Arbeit der letzten Jahre jedes Vertrauen in dieses Programm rechtfertigt, wenn Sie, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, nunmehr in die nächste Etappe der Universität und ihrer Entwicklung einsteigen sollen. Ich habe das deshalb nicht getan, weil dieser Alltag auch gar nicht so schwierig ist. Konkret können solche Vorstellungen sich immer daran messen, wie weit sie innerhalb der Universität aufgegriffen werden und an die Beteiligten auch wieder zurückgegeben werden. Damit will nicht gesagt sein, daß wir uns als eine Reparaturanstalt bereits definierter Einzelprobleme zu Dumpingpreisen verstehen. Gerade der Abstand und die Distanz gegenüber der unmittelbaren Betroffenheit kann überhaupt erst unser unabhängiges und kritisches Urteil erhoffen lassen. Das trägt uns auch intern viele Konflikte ein, weil die Abneigung gegen wissenschaftliche Distanz eine wohlfeile Haltung ist, die nicht nur von vielen studentischen Funktionären, sondern auch im Lehrkörper einen Gegenpol bildet zu einer längst nicht mehr möglichen aber noch immer befürchteten kontemplativen Abwehr von den Problemen dieser Welt. Darauf spielte ich zuerst an, als ich zu den besonderen akademischen Tugenden auch die Härte gegenüber populistischen Kurzschlüssen ansprach. Eine ganze Reihe von evidenten globalen Problemen, von denen die Bundesrepublik entsprechend mitbetroffen ist, werden in dieser Universität langfristig und mit großem Aufwand bearbeitet: Ich nenne einige

der ausgewählten Probleme, als da sind die Prävention gegenüber der Krankheit AIDS, der gesellschaftliche und persönliche Umgang mit Sucht und Drogen, der Ersatz umweltzerstörender durch regenerative Energien, die Entgiftung von Böden, die Planung humaner Städte und Regionen, eine angstfreie Erziehung in unseren Schulen. Aus der Fülle dessen, was wir bearbeiten, habe ich genau die ausgewählt, von denen es überdeutlich ist, daß die Politik an ihnen zur Zeit besonders versagt. Bei all den genannten Problemen, von der AIDS-Bekämpfung über die Abwehr der Drogenkriminalität bis hin zur Unplanbarkeit der Städte ist die politische Maxime immer die eines auf Prinzipien gegründeten Ausspielens der Macht von oben. Wir wissen, daß wir AIDS nur durch Aufklärung und die Drogensucht nur durch soziale und kulturelle Reformen bekämpfen können; aber so, wie bei jeder gesellschaftlichen Unruhe, ist es die ideologische, die moralische oder die wirkliche Polizei, die den Politikern als einziges angemessenes Mittel erscheint, weil sie den Menschen gar nicht mehr trauen. Der Souverän wird alle vier Jahre zu Wahlzeiten hofiert, um zu legitimieren, daß in seinem Namen das Gegenteil von Souveränität zur Regulierung der gesellschaftlichen Defizite eingesetzt wird. Das ist keine differenzierte Politikerschelte, sondern eine Kritik an der Selbstunterwerfung vieler Politiker unter ein obsolet gewordenes Verfahren des Umgangs mit Problemen. Nun kann sich die Wissenschaft nicht an die Stelle der Politik setzen, aber gerade weil wir in immer mehr Bereichen unverzichtbar als Berater, als Analytiker, aber auch als Definitoren von Wirklichkeit auftreten müssen, dürfen wir wohl auch beanspruchen, die Alternativen zu dieser sehr eindimensionalen Politik auszusprechen. Und hier weist man uns eher die Rolle unerwünschter Boten oder gar Hofnarren zu, weil noch nicht verstanden wurde, daß auch die Politik nur mehr ihre Position befestigen kann, wenn die Wissenschaft ihr das Funktionieren innerhalb der hochkomplexen Realität erklärt. Der in Oldenburg wohlbekannte Wissenschaftsphilosoph Jürgen Mittelstraß spricht in den letzten Jahren häufig von

der Leonardo-Welt, er spielt damit auf die säkularisierte Wissenschaft der Neuzeit und ihre Beziehung zu einer Welt an, in der der Mensch immer nur seinen Werken und damit sich selbst begegnet. Wie sollte sich da die Politik auf einen Standpunkt naiver, durch nichts als Mandat und Prinzipien gestützte Legitimität zurückziehen dürfen? Das bedeutet sehr präzise, daß ich für die Wissenschaft Teilhabe an der gesellschaftlichen Macht, an der Verteilung und Ausübung dieser Macht fordere. Selbstverständlich setzt dies, wie ich bereits sagte, nicht nur auf der institutionellen Ebene der Universität, sondern auch im Verhalten der Wissenschaftlerin, der Studentin oder des akademischen Teams eine nachvollziehbare und transparente Position gegenüber den Menschen dieser Gesellschaft und ihren Problemen voraus. Aber gesetzt, wir können diese kritischen aufgeklärten, an den Normen von Gleichheit und Überlebenssicherung orientierten Verhaltensweisen glaubwürdig repräsentieren, dann müssen wir noch sehr viel stärker einbezogen werden in das, was noch mehr zum Verfall gesellschaftlicher Sitten beiträgt als das zugegeben schreckliche Verhalten einzelner Politiker: ich spreche von der unheilvollen Individualisierung der Probleme, vom Ersatz der Sozialpolitik durch Kulturpolitik - was eben die Kultur zum Verschwinden bringt, ich spreche von der Vorstellung, daß die Menschheit tatsächlich für jedes noch so gravierende Problem bislang eine befriedigende Lösung gefunden hätte. Wir wissen, daß dies nicht stimmt, wir müssen froh sein, wenn unsere Kinder und Enkel keine größeren Überlebensprobleme haben als wir. Dann darf es aber für die Wissenschaft nicht ausreichen, ihnen zu erklären, warum heute jedes dritte Kind unter Allergien leidet, die wir Menschen verursacht haben, dann darf es nicht ausreichen, daß wir wissen, welche Umweltgifte über Jahrtausende alle Menschen in ihrem Wohlergehen beeinträchtigen werden, dann darf es nicht ausreichen, daß wir das verrückte Verhalten der stauverliebten Autofahrer mit den Produktionsindikatoren von Wolfsburg und Untertürkheim verbinden. Fast jedes der genannten Probleme trägt eine Lösung in sich, aber

keine Lösung ist ohne Veränderung unserer eigenen Lebensumstände möglich. Darauf hinzuwirken ist die Pflicht der Wissenschaft, daran mitzuwirken, daß aus Verzicht kein Opfer wird, ist Bestandteil jener Dienstleistungsaufgabe, der Universitäten sich in Zukunft noch sehr viel stärker zuwenden müssen.

Wenn ich aus der Fülle der notwendigen Reformanliegen einige nenne, so denken Sie bitte nicht, daß dieser Katalog heute auch nur abschließend vorgetragen werden könnte. Ich möchte an einigen ausgewählten Beispielen darstellen, womit wir uns befassen müssen, wenn die Hochschulen auch noch in zehn oder zwanzig Jahren ihre Aufgaben erfüllen sollen:

- Für eine Reform des Studiums ist es unabdingbar notwendig, daß die soziale Sicherung der Studentinnen einerseits, eine lehrbezogene Finanzierung der einzelnen Studiengänge andererseits gewährleistet wird. Für die soziale Absicherung ist die derzeitige BAFÖG-Regelung ungenügend, deshalb schlage ich eine elternunabhängige finanzielle Grundsicherung für einen die Regelstudienzeit wenigstens um zwei Semester überschreitenden Zeitraum vor; diese soll mit der späteren Steuerleistung der Absolventin verrechnet werden, so daß die soziale Komponente vor allem darin besteht, bei späterer Arbeitslosigkeit keinen unzumutbaren Schuldenberg aufzuhäufen. Diese soziale Absicherung soll nicht vermengt werden mit einer Gebühr für das Studium, die ich nach wie vor für ein falsches Steuerungsinstrument halte. Ich bin aber der Meinung, daß ein an der Studiennachfrage orientiertes Teilfinanzierungssystem eine Mindestausstattung der Lehre und der mit ihr verbundenen Aufwendungen garantiert. Die studentische Nachfrage soll immer einen relativen Vorrang vor den Angeboten der Hochschule haben, was allerdings auch eine Flexibilität in bezug auf Ausdehnung oder Einschränkung beim Lehrkörper bedeutet.

-
- Daraus folgt eine grundlegende Reform der Personalstruktur. Es kann nicht angehen, die Dauerfunktionen in Lehre und Forschung ausschließlich auf den Professorenstatus zu beschränken, andererseits sind die dienstrechtlichen Übertragungen sowohl aus dem Beamtenrecht als auch aus dem BAT für den öffentlichen Dienst in der Hochschule nur sehr beschränkt anwendbar, so daß dienst- und tarifrechtliche Änderungen mit einer funktionsgerechten Differenzierung einhergehen müssen.
 - Dies bedeutet vor allem für künftige Generationen von Wissenschaftlerinnen, die sich den akademischen Beruf im Rahmen der Berufsfreiheit wählen, daß es nicht angeht, die bestausgebildeten jungen Menschen nach lange vorher festgelegten Stellenplänen entweder in der Hochschule zu übernehmen oder auf einen Markt zu entlassen, der in vielen Bereichen der Wissenschaft gar keine Alternative als die Hochschultätigkeit bietet. Wissenschaft ist zum einen immer marktabhängig gewesen, zum anderen stellt sie gerade den Bereich dar, wo die Sicherung und Entwicklung von Erkenntnissen einen notwendigen Bestandteil der gesellschaftlichen Grundsicherung gerade dort darstellt, wo es keine Märkte gibt.
 - Alle Gliederungen der Hochschule werden sich in Zukunft verstärkte öffentliche Kontrolle ebenso zumuten müssen, wie es unsere Aufgabe ist, über unsere Leistungen, unsere Stärken und Schwächen in verständlicher Weise gerade den Steuerzahlern gegenüber Rechenschaft zu geben: Nur dies wird uns die Chance einräumen, wieder jenes Niveau an Grundausstattung zu erhalten, das wir vor fünfzehn Jahren schon einmal erreicht hatten, nämlich mehr als 1,3% des Bruttosozialprodukts. Andererseits darf es nicht so sein, daß Hochschulen immer nur für die kurzfristigen Interessen der jetzt bestehenden Berufe ausbilden, deshalb sollte die überwiegende Finanzierung nicht ausschließlich die Lehrkomponente zur Grundlage haben, es muß auch eine langfristige Sicherung der Grundlagen-

forschung und einer Erneuerung der Geräte und Forschungsinvestitionen möglich sein.

- Ich bin der Überzeugung, daß die Gruppenuniversität, entgegen vielen konservativen Befürchtungen, in den letzten Jahrzehnten ihre Leistungsfähigkeit bewiesen hat. Das bedeutet, daß die verschiedenen Statusgruppen der Universität nicht in Beratungsprozesse, sondern auch in Entscheidungsprozesse einbezogen werden müssen. Der Charakter dieser Prozesse hat sich nicht nur durch die unterschiedlichen Größenordnungen und die Tragweite von Entscheidungen verändert, sondern es gibt auch viele Bereiche, die den Mitbestimmungsmodellen der bisherigen Gesetze nicht entsprechen. Ich bin der Meinung, daß es neben den durch Paritäten in gestufter Verantwortung weiterhin zu vollziehenden Beschlüssen auch Konsensverfahren geben muß, vor allem dort, wo Entscheidungen sich quantitativ und qualitativ nicht gegeneinander in Alternativen aufrechnen lassen. Allerdings sollte nicht versucht werden, Gruppenvoten und Konsensvoten zu vermischen, wie dies eine Tendenz des jetzigen Regierungsentwurfs zum NHG zu sein scheint. Eine autonome Hochschule darf sich in diesem Zusammenhang auch den Problemen der Haftung nicht entziehen. So halte ich es zwar für sehr wichtig, daß gerade die Studentinnen in allen Studien- und Prüfungsangelegenheiten stärkeres Gewicht erhalten als bisher, umgekehrt denke ich aber, daß es bedenklich ist, wenn Menschen, die die Hochschule bald verlassen, mit gleichem Gewicht an Entwicklungen mitwirken, die über Jahrzehnte hinaus die Struktur einer Hochschule bestimmen. Auch hier kommt es wiederum darauf an, Vertrauen und Loyalität mit Kompetenz zu verbinden.
- In diesem Zusammenhang ist es selbstverständlich, daß ich für eine stärkere Professionalisierung der Universitätsleitungen, aber auch der Funktionen von Dekaninnen und Leiterinnen der Zentralen Einrichtungen eintrete, weil es sich zum Teil um amtsgebundene Entscheidungsprozesse

handelt, für die die kurzfristige Mandatserteilung eines Wahlamtes zu wenig Kompetenz und Verbindlichkeit vermittelt.

- Zusammenfassend zu allen Reformbestrebungen kann ich nur wiederholen, was ich im allgemeinen Teil meiner Ausführungen schon gefordert habe: Die Wissenschaft und die Universitäten sollen in viel stärkerem Maße als bisher mit der Öffentlichkeit zusammenwirken, sie sollen sich der unkonventionellen Möglichkeiten dieses Zusammenwirkens bedienen, die uns eher als anderen gesellschaftlichen Institutionen zur Verfügung stehen; die Mitglieder und Angehörigen der Hochschule müssen sehr viel stärker erkennen, daß ihre vergleichsweise privilegierte und nicht entfremdete Arbeit auch um den hohen Preis erfolgt, daß es keine selbstverständlichen und beanspruchbaren Besitzstände in der Hochschule gibt, und die Öffentlichkeit muß lernen, daß sie von uns nichts, auch gar nichts geschenkt bekommt.

Meine Damen und Herren, ich beginne meine zweite Amtszeit mit gedämpften Tönen. Vieles, was ich in letzter Zeit in der Universität und in der deutschen Hochschulpolitik begonnen habe, ist auf Zustimmung, einiges ist auf Kritik gestoßen, die Verhältnisse zwingen uns doch eher zu einem Vorrang der Pflichterfüllung in der Ausübung des Amtes. Sie mögen hieraus keine Resignation und schon gar keinen nachlassenden Einsatz für die Universität und damit für ihre Aufgabe im Land, in der Region und in der wissenschaftlichen Gemeinschaft heraushören. Sie sollen aber wissen, daß viel Lust und Spontaneität an dieser Arbeit in engere Grenzen gesetzt werden, als sie noch vor sechs Jahren bestanden haben. Viele setzen mir lieber Grenzen, anstatt mir zu helfen, sie zu überschreiten. Gerade aus dieser Grenzüberschreitung kommt aber nicht nur die Freude an der Arbeit, sondern auch der Erfolg. Ich bitte Sie darum, meine zweite Amtszeit mit der gleichen Loyalität und Kritik zu verfolgen wie die vergangenen Jahre, dann kann eine so sinnvolle und gute Ein-

richtung wie die Carl von Ossietzky Universität nur aufblühen und gedeihen.

Autoren

MICHAEL DAXNER (1947)

Dr. phil., Prof., Präsident der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg seit 1986.

Studien an den Universitäten Wien und Freiburg/Brsg.; 1972 Promotion zum Dr. phil.; 1971 - 1974 Arbeit im Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung. Kommission für Hochschulplanung beim BMWF. Vertreter bei OECD-CERI-Projekt (Paris) und bei EUDISED (Europarat, Straßburg). Ernennung zum Professor für Hochschuldidaktik an der Universität Osnabrück. 1983 - 1984 Forschungsaufenthalte in den USA; 1985 - 1986 Dekan des Fachbereichs Erziehung und Kulturwissenschaften der Universität Osnabrück.

CHRISTOPHER PLEISTER (1948)

Dr. rer. pol.; Mitglied des Vorstandes der DG BANK, Frankfurt am Main.

1967 Abitur am Ludwigsgymnasium in München; 1973 Diplom in Volkswirtschaftslehre an der Universität München; 1978 Promotion an der Staatswirtschaftlichen Fakultät der Universität München; 1977 bis 1981 Landesgenossenschaftsbank AG, Hannover, Leiter der Zentralen Hauptabteilung, Zentralsekretariat/Unternehmensplanung/Marketing; 1981 Beauftragter des Vorstandes der Hallbaum, Maier & Co., Landkreditbank-Aktiengesellschaft, Hannover; 1982 bis 1985 Landesgenossenschaftsbank AG, Hannover, Niederlassung Oldenburg, ab 1. Juli 1984 Generalbevollmächtigter der Norddeutschen Genossenschaftsbank AG; 1. Oktober 1985 stellvertretendes Mitglied des Vorstandes der Norddeutschen Genossen-

schaftsbank AG; 1. Januar 1988 Mitglied des Vorstandes der Norddeutschen Genossenschaftsbank AG; 1. Januar 1990 Mitglied des Vorstandes der DG BANK Deutsche Genossenschaftsbank.

HORST MILDE (1933)

Präsident des Niedersächsischen Landtages

Von 1943 bis 1951 Besuch des Elisabeth-Gymnasiums in Breslau und des Gymnasiums in Leer. 1951 Eintritt in den Dienst der Stadt Leer. Von 1951 bis 1968 ehrenamtliche gewerkschaftliche Tätigkeit. Von September 1973 bis April 1976 Präsident des Niedersächsischen Verwaltungsbezirks Oldenburg.

Stellv. Vorsitzender des Bezirks Weser-Ems der SPD und des SPD Landesvorstandes. Mitglied der Gewerkschaft ÖTV.

Mitglied des Niedersächsischen Landtages seit 1973.

HEINRICH SCHMIDT (1928)

Universitätsprofessor in Oldenburg ("Geschichte des Mittelalters").

Prof. Dr. phil.; Studium der Geschichte und Germanistik in Göttingen 1948 - 1954; Dissertation: "Die deutschen Städtechroniken als Spiegel des bürgerlichen Selbstverständnisses im Spätmittelalter" (Betreuer: Prof. Hermann Heimpel). Seit 1955 im Archivdienst des Landes Niedersachsen (an den Staatsarchiven in Aurich, Osnabrück, Hannover). 1969 Direktor des Staatsarchivs in Oldenburg. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte Niedersachsens, Oldenburgs, Ostfrieslands (u.a. "Politische Geschichte Ostfrieslands").

PETER SINGER (1932)

Vizepräsident der Universität Oldenburg.

Professor für Landes- und Regionalplanung an der Universität Oldenburg (1987). Singer studierte Geographie und Geologie in Leipzig, Braunschweig und Göttingen. Nach seiner Promotion in Göttingen wurde er 1963 Landesplaner und dann Dezernatsleiter der Bezirksregierung in Oldenburg. 1979 wechselte er als Leitender Ministerialrat in den Planungsstab der Staatskanzlei in Hannover. Vier Jahre später wurde er Referent für Raumordnung beim Innenminister, bevor er 1987 wieder nach Oldenburg kam.